

Dossier Hauptstadtbeschluss

Einleitung

20. Juni 1991: Nach einer spektakulären und hart umkämpften Abstimmung beschließt der Deutsche Bundestag den Umzug von Parlament und Regierung vom Rhein an die Spree – mit knapper Mehrheit. Von den anwesenden 660 Abgeordneten votieren 320 für Bonn und 338 für Berlin (1 Enthaltung, 1 ungültige Stimme). Der Antrag "Vollendung der Einheit Deutschlands" war aber erst der Anfang. Nun galt es, ihn zu übersetzen. In welchen zeitlichen Dimensionen sollte sich der Umzug vollziehen? Was bedeutete die versprochene "faire Arbeitsteilung" zwischen beiden Städten? Mit Inkrafttreten des Berlin/Bonn-Gesetzes am 7. Mai 1994 war ein Teil der strittigen Punkte geregelt. Vorerst. Denn die Debatte geht weiter.

Inhaltsverzeichnis

1.	20 Jahre nach dem Berlin/Bonn-Gesetz	4
2.	7. Mai 2014: 20 Jahre Berlin/Bonn-Gesetz	8
3.	Die Entstehung der Berliner Republik	12
4.	Aufbruch in die Metropole	22
5.	"Wort halten": faire Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin	29
6.	Berlin: produktiv unruhig, unverkrampft, eine manchmal chaotische Werkstatt der Einheit	35
7.	Infografik: Abstimmung vom 20. Juni 1991	38
8.	"Laßt dem kleinen Bonn Parlament und Regierung!"	40
9.	"Hauptstadt Berlin – das darf nicht ein bloßes Etikett sein"	45
10.	"Berlin ist Symbol für Einheit und Freiheit"	50
11.	"Bonn ist Symbol für 40 Jahre erfolgreiche Demokratie"	54
12.	Ergebnis der Abstimmung vom 20. Juni 1991	58
13.	Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands	60
14.	Redaktion	65

20 Jahre nach dem Berlin/Bonn-Gesetz

Meinungsbeitrag von Ulrich Zawatka-Gerlach

Von Ulrich Zawatka-Gerlach

14.4.2014

Geb. 1955 in Recklinghausen, ist landespolitischer Redakteur des Tagesspiegel Berlin. Nach dem Studium an der Freien Universität (Publizistik, Volkswirtschaft und Soziologie) arbeitete er zunächst beim Spandauer Volksblatt und anschließend als Pressesprecher in der Senatsverwaltung für Kultur.

Ulrich Zawatka-Gerlach findet die momentane Rechtslage anachronistisch und fordert ihre Anpassung. Der "Rutschbahn-Effekt" Richtung Berlin sei nicht aufzuhalten, ein Staatsvertrag für Bonn absurd, da die Stadt boome.

Sehen wir es sportlich, aus Berliner Sicht. Nach der Bundestagswahl 2013 ist es der "Bonner Lobby" noch einmal gelungen, die Rolle ihrer Stadt als zweites bundespolitisches Zentrum für die nächsten Jahre zu sichern. "Wir stehen zum Berlin-Bonn-Gesetz", steht im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD, der im November vergangenen Jahres besiegelt wurde. Die Teilung des Regierungssitzes der Bundesrepublik Deutschland bleibt also bestehen: Neun Bundesministerien haben ihren Hauptsitz in Berlin, sechs in Bonn, mit jeweils einer Filiale am anderen Standort. Vor 20 Jahren wurde diese Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn rechtlich fixiert, in Umsetzung des Hauptstadtbeschlusses von 1991. "Fair und dauerhaft" soll sie sein. So steht es im Berlin-Bonn-Gesetz, das am 26. April 1994 in Kraft trat. Effektiv und preiswert ist diese Rollenverteilung aber nicht, das zeigt die Erfahrung der letzten zwei Jahrzehnte.

Jeden Monat pendeln immer noch tausende Ministerialbeamte zwischen Rhein und Spree. Die Bundesregierung rechnet 2014 mit fast 19.000 teilungsbedingten Dienstreisen. Die Kosten im Bundeshaushalt für die "Aufteilung der Amts- und Dienstsitze der Bundesregierung", die das Finanzministerium seit 2008 dem Haushaltsausschuss des Bundestags in einem Teilungskostenbericht mitteilt, schwankten bis einschließlich 2013 zwischen 7,7 und 10,6 Millionen Euro jährlich. Etwa die Hälfte der Ausgaben entfallen auf die Ministerien für Verteidigung, Landwirtschaft, Inneres und Finanzen. Im aktuellen Bericht, der Anfang April 2014 dem Bundestag vorgelegt wurde, beklagt das Finanzministerium "Erschwernisse und Reibungsverluste", die wegen der Aufteilung der Ministerien zwischen Berlin und Bonn nicht gänzlich vermeidbar seien.

Weit über die Hälfte der "Teilungskosten" entfällt auf den Beamten-Shuttle per Flug und Bahn. Immerhin hat die Mahnung der Haushälter im Bundestag an die Ministerialbehörden, das Pendeln zwischen Bonn und Berlin auf ein "zwingend notwendiges Maß" zu reduzieren, Früchte getragen. Wurden 1997 noch 111.300 Dienstreisen gezählt, waren es 2013 nur noch 20.200 Reisen. Videokonferenzen, Mails und andere Formen der elektronischen Kommunikation trugen dazu bei, den Shuttle-Verkehr auf ein halbwegs vernünftiges Maß zu beschränken. Jedoch beklagen sich, wie intern zu hören ist, auch Bundesminister über die "Zerrissenheit des Regierungshandelns". Die virtuelle Vernetzung sei gewöhnungsbedürftig und könne den persönlichen Kontakt nicht ersetzen.

Für Bonn und Umgebung ist das offenbar der Preis, der für die Einheit Deutschlands gezahlt werden muss. Und es wird darauf gepocht, dass "insgesamt der größte Teil der Arbeitsplätze der Bundesministerien in der Bundesstadt Bonn erhalten bleibt", wie es das Berlin-Bonn-Gesetz vorsieht. Diese Regelung wurde glücklicherweise von der Wirklichkeit überholt. Wurden im Jahr 2000 in Bonn noch über 60 Prozent der ministeriellen Arbeitsplätze gezählt, ist der Anteil inzwischen auf unter 40 Prozent gerutscht. Die letzte detaillierte Aufstellung lieferte das Bundesinnenministerium für den

Stichtag 30. Juni 2013. Demnach verfügten die Ministerien in Berlin, einschließlich des Kanzleramts, des Protokolls und des Staatsministers für Kultur über 10.532 Planstellen, in Bonn waren es nur 7.055. Seitdem hat sich das Gewicht noch einmal um einige hundert Stellen zugunsten der Hauptstadt verschoben. Ein eindeutiger Trend, dem keine massenhafte Abwanderung von Bundesbeamten und -angestellten aus dem Rheinland zugrunde liegt. Es gibt vielmehr eine zielgerichtete Einstellungspolitik zugunsten der Hauptstadt Berlin. Seit 1994 schieden über 10.000 Mitarbeiter der Bundesministerien, größtenteils altersbedingt, aus dem Dienst aus. Im selben Zeitraum wurden 6125 Mitarbeiter in Berlin neu eingestellt, nur 4045 in Bonn. Auch bei den ministeriellen Ausbildungsplätzen hat die Hauptstadt längst die Nase vorn.

Die Bonner Abgeordneten im Bundestag beklagen dies lebhaft. Allen voran verteidigen Ulrich Kelber (SPD), Claudia Lücking-Michel (CDU) und Katja Dörner (Grüne) das Berlin-Bonn-Gesetz. Mit den benachbarten Gemeinden und dem Land Nordrhein-Westfalen haben sie schlagkräftige Partner, wenn es darum geht, den Status der Bundesstadt Bonn gegenüber der Hauptstadt Berlin zu verteidigen. Eine nicht zu unterschätzende Lobby, die es in der Schlussrunde der Koalitionsverhandlungen Ende 2013 schaffte, den Status Quo vorerst zu retten. Eigentlich sollte im schwarz-roten Koalitionsvertrag nur der Satz stehen: "Wir werden den UN-Standort Bonn stärken". Stattdessen gab Schwarz-Rot für das umstrittene Gesetz zugunsten Bonns quasi in letzter Minute der Verhandlungen eine Bestandsgarantie ab.

Für eine Wahlperiode, bis 2017, mehr geht nicht in einem Koalitionsvertrag. Kein Grund also für die Berliner, sich lange zu ärgern. Die Hauptstädter können getrost davon ausgehen, dass sich das Berlin-Bonn-Gesetz in den nächsten Jahren weitgehend von selbst erledigt. Und zwar unabhängig davon, welches Regierungsbündnis aus der nächsten Bundestagswahl siegreich hervorgeht. Denn die Zeit ist reif. Nicht nur logistische Probleme des zweigeteilten Regierungssitzes und die damit verbundenen Kosten sprechen dafür, endlich alle Bundesministerien komplett in der Hauptstadt zu haben. Es ist auch so, dass mit jeder neuen Wahlperiode junge Parlamentarier und Regierungspolitiker auf die politische Bühne treten, denen Bonn als ehemalige Hauptstadt fremd geworden ist.

Auch die wenigen noch aktiven "Schlachtrösser" der deutschen Politik, die die dramatischen Kämpfe um Berlin und Bonn in den neunziger Jahren aus eigenem Erleben kennen, stehen fast alle hinter der Hauptstadt. Einer von denen, die immer mal wieder einen Stein ins Wasser werfen, ist der christdemokratische Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, der in einem Interview mit der Deutschen Welle kürzlich sagte: Gesetze seien nicht für die Ewigkeit gemacht, das gelte auch für das Berlin-Bonn-Gesetz. Die stabile wirtschaftliche Entwicklung Bonns in den letzten zwei Jahrzehnten werde in eine neue Entscheidung über die Rollenverteilung beider Städte einfließen. Der Aufschrei war groß, aber nur in Bonn und Umgebung.

Doch wann wird die anachronistische Rechtslage endlich der Realität angepasst? Noch 2012 wurde ein Antrag der Linksfraktion im Bundestag für ein "Beendigungsgesetz zum Berlin-Bonn-Gesetz" nach eineinhalbjähriger Diskussion in den Parlamentsausschüssen mit den Stimmen der Union, der FDP und der Grünen abgelehnt. Die SPD enthielt sich der Stimme, jedenfalls bei der Schlussabstimmung. Trotz dieses Misserfolgs, der erwartbar war, bleibt der Druck im Kessel. Das Feuer wird natürlich auch geschürt von der Berliner Landespolitik. Im Koalitionsvertrag des SPD/CDU-Senats steht: "Die Bemühungen um eine vollständige Verlagerung des Regierungssitzes nach Berlin und die entsprechende Änderung des Berlin-Bonn-Gesetzes werden weiter geführt". Dafür stehen an der Spree auch die Oppositionsparteien Grüne, Linke und Piraten. Solche Einigkeit ist in Berlin selten.

Es sieht auch so aus, als wenn die Diskussion in den Bundestagsfraktionen, die nicht nur von den Berliner Abgeordneten diskret, aber beharrlich vorangetrieben wird, allmählich eine neue Qualität gewinnt. Es geht jetzt nicht mehr um "Alles oder Nichts", nicht um die ersatzlose Abschaffung des Berlin-Bonn-Gesetzes im Hauruck-Verfahren, sondern um einen partei- und länderübergreifenden Konsens, der längerfristig wirkt. Denn zur Wahrheit gehört auch, dass ein schneller Komplettumzug der Bundesregierung vom Rhein an die Spree beachtliche Probleme mit sich bringen würde. Es wäre eine Großinvestition, die nach Schätzungen des Bundesrechnungshofes drei bis fünf Milliarden Euro kosten könnte. Zur besseren Einordnung: Seit dem Hauptstadtbeschluss von 1991 wurden zehn

Milliarden Euro für den Umzug der Verfassungsorgane nach Berlin ausgegeben.

Außerdem sind die Beamten und Angestellten in den Bonner Ministerien (samt ihren Familien) kein Frachtgut. Wer wollte es ihnen zumuten, allesamt mal eben nach Berlin umzusiedeln? Es gäbe derzeit nicht einmal genügend Wohnungen für die Zuwanderung vieler tausend Menschen. Nehmen wir uns also etwas Zeit für eine sanfte Ablösung Bonns aus der Rolle als Bundesstadt. Voraussehbar innerhalb des nächsten Jahrzehnts.

Seit einigen Jahren schon gewinnt der "Rutschbahn-Effekt" in Richtung Hauptstadt beträchtlich an Dynamik - und ist irreversibel. Da hilft auch das Rechtsgutachten des Jura-Professor Markus Heintzen nichts, der zum Ergebnis kam: Es sei "objektiv rechtswidrig", dass es in Berlin seit sechs bis acht Jahren mehr Ministerialarbeitsplätze gebe als in der Bundesstadt am Rhein. Deshalb forderte er für Bonn einen "Bestands- und Vertrauensschutz". In Form weiterer Ausgleichsmaßnahmen oder einer staatsvertraglichen Regelung, an der Bonn und das Land Nordrhein-Westfalen beteiligt werden.

Ein Staatsvertrag für Bonn. Dieser Vorschlag wird glücklicherweise auch von der Bundesregierung ignoriert. Niemand will das, außer den Kommunalpolitikern zwischen Köln und Bad Honnef. Es wäre ein letzter, verzweifelter Versuch, gegen den Lauf der Geschichte anzurennen. Die ehemalige Bundeshauptstadt hat so etwas auch nicht nötig. Bonn boomt. Mit massiver Hilfe des Bundes ist der Strukturwandel gelungen. Hin zu einem exzellenten Wissenschaftsstandort, 18 Sekretariate der UN haben dort ihren Sitz und die Region ist touristisch attraktiv. Bonn habe sich "ganz ausgezeichnet entwickelt", bestätigte der Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch vor wenigen Wochen. Wir Berliner gratulieren neidlos und wünschen für die Zukunft alles Gute.

Schließlich geht es auch der Hauptstadt besser denn je. Berlin ist in seiner Rolle als internationale Metropole und nationalem Entscheidungszentrum angekommen und wird von den Bürgern zwischen Flensburg und Bad Tölz, Aachen und Dresden auch so gesehen. In einer Mischung aus Stolz, Bewunderung und milder Skepsis. Die Zeiten, in denen Berlin wahlweise als miefige Ost-Provinz oder preußisch-arroganter Großprotz gescholten wurde, sind glücklicherweise vorbei. Es bleibt der Vorwurf, vorzugsweise aus dem Süden der Republik, teurer Kostgänger des Bundes und der leistungsstarken Länder zu sein. Aber je mehr es der Hauptstadt gelingt, sich aus der teilweise historisch begründeten, teilweise selbst verschuldeten wirtschaftlichen und finanziellen Misere zu befreien, desto eher wird diese Kritik verstummen.

Berlin ist dabei auf einem guten Weg. Produktiv unruhig, unverkrampft, immer noch eine Werkstatt der Einheit, nicht nur mit Blick gen Westen, sondern auch nach Mittel- und Osteuropa. Der Aufholprozess gegenüber anderen Wirtschaftsregionen in Deutschland und Europa zeigt Erfolge, die Beschäftigung wächst. Die Industrie- und Handelskammer Berlin-Brandenburg bescheinigt der Stadt, in die Rolle eines "wirtschaftlichen Gravitationszentrums" hineinzuwachsen. Berlin erlebt eine neue Gründerzeit und der öffentliche Haushalt kommt seit 2012 ohne neue Kredite aus. Wer in Berlin lebt oder regelmäßig die Stadt besucht, spürt und sieht den Wandel. Auch im Parlaments- und Regierungsviertel, das im Laufe der letzten 20 Jahre ein attraktiver öffentlicher Raum für alle Bürger geworden ist.

Das ist noch kein Grund, in Euphorie zu verfallen, die Wirtschaftsregion Berlin kann es noch lange nicht mit London oder Paris aufnehmen. Die ökonomische und finanzielle Leistungskraft je Einwohner bleibt hinter dem Niveau Hamburgs, Münchens und der süddeutschen Flächenländer leider noch weit zurück. Berlin wird noch eine ganze Weile die tatkräftige Unterstützung des Bundes und der anderen Länder brauchen. Der Komplettumzug der Bundesministerien an die Spree wäre dabei sehr hilfreich und würde Berlin auch wirtschaftlich stärken. Also voran! Und wer sich beschwert, dass neue Bauten für Ministerialbehörden in Berlin verdächtig großzügig geplant werden, um weitere personelle Ressourcen aus Bonn abzuziehen, dem sei gesagt: Ja, da ist was dran. Und es ist auch gut so.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-

nd/3.0/de/ Autor: Ulrich Zawatka-Gerlach für bpb.de

7. Mai 2014: 20 Jahre Berlin/Bonn-Gesetz

Meinungsbeitrag von Bernd Leyendecker

Von Bernd Leyendecker

14.4.2014

Bernd Leyendecker, geb. 1947, war Redakteur bei der Kölnischen/Bonner Rundschau und beim Bonner Express. Im April 1980 wechselte er zum Bonner General-Anzeiger und ist seit April 2010 im Ruhestand.

Im Juni 2013 arbeiteten in den Ersten und Zweiten Dienstsitzen der Ministerien in Bonn nur noch 7.109 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – 11.132 hingegen in Berlin. Bernd Leyendecker schreckt das ebenso auf wie jüngere Äußerungen von Finanzminister Schäuble, der eine Änderung des Bonn-Berlin-Gesetzes nicht ausschließt.

Das arme Fledermaus-Sekretariat! Welche Häme musste es ertragen! Es galt als Synonym für die Spießigkeit, gar den Untergang der einstigen Bundeshauptstadt nach dem Berlin/Bonn-Beschluss des Bundestages vom 20. Juni 1991. Längst macht sich niemand mehr lustig über das "Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der europäischen Fledermauspopulationen", der kleinsten von inzwischen 18 UN-Organisationen, die mit knapp 1.000 Mitarbeitern den Langen Eugen und das ehemalige Bundeshaus am Rhein als ihren Campus nutzen – also jene Bauten, die für Bonn als Bundeshauptstadt standen. UN-Experten aus fast 100 Ländern, die "hier richtig glücklich sind" (Richard Dictus, Sprecher der UN Bonn), statt MdBs und Ministerialräte - auch das ist Bonn 2014: 20 Jahre, nachdem das "Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands" – kurz: Berlin/Bonn-Gesetz – in Kraft getreten ist.

Dieses Gesetz war lebensnotwendig für jene Stadt, der drei Jahre zuvor ihre Lebensader – sprich: der Arbeitgeber Bund – abhanden gekommen war. Allerdings wohl nur auf den ersten Blick. Denn das Gesetz brachte "Planungssicherheit für den notwendigen Strukturwandel", so der damalige Landrat des Bonn umgebenden Rhein-Sieg-Kreises, Franz Möller. So wird laut Paragraph 1 des Gesetzes die "Sicherstellung einer dauerhaften und fairen Arbeitsteilung" zwischen Berlin und Bonn ebenso festgeschrieben wie der "Erhalt und die Förderung" in den Politikbereichen Bildung und Wissenschaft, Kultur, Forschung und Telekommunikation, Umwelt und Gesundheit, Ernährung, Entwicklungspolitik, nationale und internationale Einrichtungen sowie Verteidigung. Von Bundestag und Bundesrat wurde zudem beschlossen, dass sich in beiden Städten "Bundesministerien befinden". Konkret: Sechs Ministerien – die Ressorts Verteidigung, Bildung/Forschung, Gesundheit, Umwelt, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Landwirtschaft – haben ihre Ersten Dienstsitze am Rhein; die übrigen Häuser sind hier mit Zweiten Dienstsitzen vertreten.

Und, ganz wichtig: Die Umsetzung dieser Maßnahmen "sollen so gestaltet werden, dass "insgesamt der größte Teil der Arbeitsplätze der Bundesministerien in der Bundesstadt erhalten bleibt." Zugesagt wurde ferner ein "angemessener Ausgleich für die Region Bonn für die Verlagerung der Verfassungsorgane Deutscher Bundestag und Bundesregierung nach Berlin".

Auch wenn der anerkannte Staatsrechtslehrer und ehemalige Berliner Justizsenator Rupert Scholz (CDU) feststellt, "dass die Bundesregierung in ihrer exekutivischen Funktion selbstverständlich an die Entscheidungen des Gesetzgebers, also auch an den Festlegungen wie die des Berlin/Bonn-Gesetzes, gebunden ist" und er das Gesetz "im Ergebnis für eine ebenso entwicklungs- und geschichtstreue wie politisch befriedigende Entscheidung" hält, werden längst Erosionen sichtbar. Am

deutlichsten wird das in puncto "Arbeitsplätze der Ministerien"; der "größte Teil" von ihnen soll in Bonn erhalten bleiben, heißt es in Paragraph 4(4). Hier handele es sich indes um eine "Soll-Regelung", betont etwa der Pressesprecher des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz, Piotr Malachowski: "Das heißt, Abweichungen sind aus bestimmten – beispielsweise funktionalen oder wirtschaftlichen - Gründen möglich." Und auch sein Kollege aus dem Innenressort, Harald Neymanns, spricht von einer "Sollvorschrift", um den Regierungsmitgliedern "einen gewissen Spielraum für zeitbedingte Anpassungen" zu lassen.

Die Konsequenzen dieser umstrittenen Rechtsposition wären aus Bonner Sicht erschreckend. Und es scheinen bereits Fakten geschaffen zu werden. Nach dem jüngsten, im vergangenen April veröffentlichten Bericht der Bundesregierung über die Kosten der Teilung der Regierungsfunktionen zwischen Berlin und Bonn sind aktuell 10.531 Arbeitsplätze der Ministerien an der Spree, hingegen nur 6.933 am Rhein angesiedelt – also lediglich knapp 40 Prozent. "Alarmierend" seien diese Zahlen, erklärten die Bonner Bundestagsabgeordneten Claudia Lücking-Michel (CDU), Katja Dörner (Grüne) und Ulrich Kelber (SPD) und forderten: "Der deutlich abzulesende Rutschbahneffekt der letzten Jahre muss endlich gestoppt, die Einhaltung des Gesetzes sichergestellt werden." Der Bericht belege eine "klare und nicht gesetzeskonforme Benachteiligung Bonns", und von der im Gesetz verankerten fairen Arbeitsteilung zwischen den beiden Regierungsstandorten "kann keine Rede mehr sein". Und dass der Trend in Richtung Bonn anhält, zeigt ein Beispiel: Innenminister Thomas de Maizière, pikanterweise ein gebürtiger Bonner, bezieht im kommenden Jahr in Berlin einen Neubau, in dem auch die 233 Mitarbeiter seiner Bonner Dependence Platz fänden. In seiner Funktion als Verteidigungsminister hatte er diesbezüglich bereits vollendete Tatsachen geschaffen und zahlreiche Arbeitsplätze von der Hardthöhe in den Bendlerblock verlagert; seine Amtsnachfolgerin Ursula von der Leyen hat weitergehende Pläne ihres Parteifreundes gestoppt. Vorerst. Übrigens haben auch weitere Ministerien ihre Neubauten in puncto Büroräume sehr großzügig geplant – für den Fall der Fälle... Für den Fall also, dass die "Berliner Morgenpost" nach der Unterzeichnung eines Koalitionsvertrages nicht mehr jenen Satz schreiben muss, wie er am 12. März 2014 in dem Blatt zu lesen war: "Ein Rückschlag für Berlin ist das klare Bekenntnis zum Bonn-Berlin-Gesetz und damit zur Zweiteilung des Regierungssitzes."

Rückschlag, wenn sich eine Regierungskoalition zu einem gültigen Gesetz bekennt? Merkwürdig. Und dennoch: Es wird gezündet. So war es jüngst wenn Wolfgang Schäuble, pünktlich zum 7. Mai 2014 eine Änderung des Bonn/Berlin-Gesetzes nicht ausschließt. Schäuble, der bei der Hauptstadt-Debatte am 20. Juni 1991 in seiner mit großem Pathos vorgetragenen Rede ("Es geht nicht um Arbeitsplätze oder Strukturpolitik; es geht um die Zukunft Deutschlands") zum Stimmungswandel pro Berlin beitrug, hatte kürzlich in einem Interview der Deutschen Welle erklärt, Gesetze seien "nicht für die Ewigkeit"; das gelte auch für das Berlin/Bonn-Gesetz. Wenn man die Zweiteilung heute ändern wolle, "muss man eben das Gesetz ändern". Gleichwohl habe das Gesetz auf jeden Fall "bis heute eine sehr befriedigende Wirkung". Die Replik ließ nicht lange auf sich warten. So erwartet der Vorsitzende des Bürger Bundes Bonn (BBB), Bernhard Wimmer, von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass sie sich von den Aussagen ihres Finanzministers distanziert. Er warnt vor drastischen Folgen für den UN-Standort Bonn, falls die Bundesregierung jemals komplett nach Berlin umziehen würde. Zu Recht. Denn die 18 UN-Sekretariate, vor allem aber auch die zahlreichen Wissenschafts-Institutionen und die rund 100 Nichtregierungs-Organisationen, also tragende Säulen des neuen "Bonn 2000Plus", arbeiten eng mit den hiesigen Ministerien zusammen. So betont denn auch Claudia Lücking-Michel: "Der Standort Bonn braucht Regierungshandeln."

Derweil setzt die hiesige CDU voll Vertrauen auf ihre Chefin Angela Merkel, die im letzten Bundestagswahlkampf auf dem Bonner Marktplatz versicherte: "Wir stehen zum Berlin/Bonn-Gesetz." Basta, mag man mit den Worten ihres Amtsvorgängers Gerhard Schröder hinzufügen. Dass auch das Bonner MdB-Trio Dörner/Kelber/Lücking-Michel in dieser Frage mit einer Stimme auf die Einhaltung des Gesetzes pocht, versteht sich von selbst.

Dieser parteiübergreifende Konsens ist seit Beginn der Berlin/Bonn-Debatte vor nunmehr 25 Jahren der Garant für den gelungenen Strukturwandel in der Region, den der Bund mit 1,4 Milliarden Euro

kräftig unterstützt hat. Dieses Geld wurde weitgehend sinnvoll investiert, vor allem in Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen wie dem Spitzenforschungszentrum Cäsar oder der Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg, aber auch in Infrastrukturmaßnahmen wie der ICE-Anbindung an den Flughafen Köln/Bonn. Zudem: Wer hätte Anfang/Mitte der neunziger Jahre gedacht, dass die Zahl der Arbeitsplätze im Bundesviertel, rund um den UN-Campus, sich bis heute fast verdoppelt – auf nunmehr rund 35.000. Nicht zuletzt auch Dank der DAX-Giganten Post und Telekom, die Global Player im Schatten des Siebengebirges. Wahrlich keine Peanuts sind zudem die 22 Bundesbehörden, die im Zuge des Berlin/Bonn-Beschlusses sich in Bonn angesiedelt haben – mit Schwergewichten wie dem Bundesrechnungshof, dem Bundeskartellamt oder dem Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte, dem der Bund einen modernen Neubau spendiert hat. Nicht zu vergessen die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn sowie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die sich nach dem Berlin/Bonn-Beschluss in der ehemaligen Bundeshauptstadt etabliert haben. Und auch wenn die Bundesverbände und Lobby-Institutionen längst nicht mehr wie einst mindestens zehn Spalten im Bonner Telefonbuch füllen – auf gut 100 kommt man immer noch, wobei die Speis- und Trankbranche sich am Rhein wohl besonders wohl zu fühlen scheint. So haben der Verband der Hersteller kulinarischer Lebensmittel, der Verband der Suppenindustrie, der Verband Deutscher Weinexporteure oder der Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie hier immer noch ihren Sitz. Zudem: Auf zwei Fakten aus der Kategorie "hervorragend!" weist man im Rathaus immer gerne hin: 1999, als sich die Bundes-Umzugs-Karawane gen Osten aufmachte, zählte man in Bonn 306.826 Einwohner; aktuell sind's 320.128. Und: Ende Juni 2013 gab es in Bonn 134.199 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – 19,5 Prozent mehr als im Jahr des Hauptstadtdeschlusses 1991. So fällt denn auch die aktuelle "Bilanz Stadtentwicklung" von Bonns Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch (SPD) positiv, ja geradezu euphorisch aus: "Ganz ausgezeichnet" habe sich die Stadt entwickelt, sagt er: "Ob Wissenschaft, Kultur oder Infrastruktur: Bonn konnte seine Stärken nutzen und den neuen Dienstleistungsauftrag als Bundesstadt sehr gut erfüllen." Das weiß, natürlich, auch Schäuble. Indem er sagt, in die Diskussion über eine eventuelle Änderung des Berlin/Bonn-Gesetzes müsse auch "die stabile wirtschaftliche Entwicklung Bonn" einfließen, meint der gewiefte Taktiker nichts anders als: Euch am Rhein geht's doch so gut, da braucht ihr die paar Ministerien nicht auch noch! – Weit gefehlt, Herr Minister. Als Herr des Geldes weiß er natürlich, was seinerzeit der Umzug gekostet hat: Zehn Milliarden Euro. Und für einen Komplettumzug der Ministerien vom Rhein an die Spree müsste er nach seriösen Schätzungen nochmals etwa fünf Milliarden Euro ausgeben.

Apropos Geld: Die Kosten, die durch den doppelten Regierungssitz anfallen, sind in den vergangenen Jahren stetig gesunken – ausweislich des jüngsten Teilungskostenberichts nunmehr 7,7 Millionen Euro. Zudem ist die Zahl der Dienstreisen zwischen Berlin und Bonn (und umgekehrt) um 7,5 Prozent zurück gegangen, wobei die Ministerien auf deutliche Effizienzsteigerungen durch die Ausweitung von Videokonferenzen und die Möglichkeit digitaler Kommunikation verweisen. Daher schlussfolgern die drei Bonner Volksvertreter im Hohen Haus: "Der Teilungskostenbericht stellt erneut unter Beweis, dass sich die Aufteilung der Dienstsitze grundsätzlich bewährt hat."

Längst nicht so positiv fällt die Bilanz der Bonner Kommunalpolitik aus. So steht seit über vier Jahren der Rohbau des World Conference Centers Bonn (WCCB) gegenüber vom ehemaligen Plenarsaal als Torso in der Landschaft. Nun, die Stadt ist auf einen kriminellen Investor reingefallen. Aber was sie in der Folgezeit unternahm – oder besser: nicht unternahm –, um das vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl forcierte Projekt wieder anzustoßen, ist beschämend. Nun wurde zum x-ten Mal ein neuer Eröffnungstermin genannt: Frühjahr 2015. Dann soll in dem Bau ein UN-Kongress stattfinden: Wirklich?

Peinlich ist zudem das das Tohuwabohu um ein neues Festspielhaus. 2020 soll(te) es eigentlich fertig sein; dann will die Stadt den 250. Geburtstag ihres größten Sohnes – Ludwig van Beethoven – gebührend feiern, in eben jenem Bau. Post, Telekom und Postbank hatten bereits vor fünf Jahren zugesagt, den Bau zu finanzieren. Und während jede andere Stadt den Investoren den roten Teppich ausgerollt hätte, stritten (und streiten) sich die Ratsdamen und –herren über das Projekt, zu dem auch der Bund 39 Millionen Euro beisteuern will. Postbank und Telekom haben inzwischen ihre Zusagen

zurück gezogen, Ob das Haus je gebaut wird, steht in den Sternen: Welche eine Blamage.

Zurück zur unmittelbaren Berlin/Bonn-Thematik. "Et hätt noch immer joot jegange", heißt es im "Rheinischen Grundgesetz", das die Bonner durchaus auch praktizieren. Ob der in jüngster Zeit oft genannte "Plan B" – als Alternative zum derzeitigen Berlin/Bonn-Gesetz – wirklich "joot" ist? Daran zweifelt man in Bonn doch erheblich, auch wenn ihn der Präsident des Bundesrechnungshofes, Dieter Engels, kürzlich wieder ins Gespräch brachte: "Wir meinen, es sollte schon einen Plan B geben, in dem Bonn auch ohne Ministerien sehr gut leben kann." Als Beispiel wird stets das Bundesamt für Justiz (BfJ) genannt, das 2007 in Bonn seine Arbeit aufnahm – mit rund 500 Beschäftigten. Die meisten kamen aus dem Justizministerium, dessen Mitarbeiterzahl in Bonn auf derzeit 15 schrumpfte. Inzwischen hat das BfJ 890 Beschäftigte; 99 sollen noch in diesem Jahr dazu kommen. Unterm Strich also rund 1.000. Und da das Justizministerium vor dem Regierungsumzug rund 650 Planstellen in Bonn hatte, "ist unser Standort in Bonn stärker als jemals geplant war", stellt Ministeriumssprecher Malachowski fest. Sein BfJ-Kollege Thomas W. Ottersbach erläutert: "Der 'Plan B' für Bonn könnte sein, nicht zwingend ministerielle Aufgaben auf nachgeordnete Behörden in Bonn zu verlagern und die rein ministeriellen Aufgaben nach Berlin zu verlagern." Im Gegenzug sollten aus Berlin Mitarbeiter nach Bonn kommen, die nicht mit ministerialen Aufgaben betraut sind: "So ließen sich auch sozialverträgliche Lösungen finden", sagt Ottersbach und ist sich sicher: "Die auf diese Weise in Bonn angesiedelten Arbeitsplätze wären hier nachhaltiger angesiedelt, als es die der Ministerien sein können."

Kann sein. Bis Ende 2017 dürfte indes Ruhe an der Diskussionsfront herrschen. Denn der letzte Satz auf Seite 153 des Koalitionsvertrages vom 27. November 2013 lautet: "Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Bonn bleibt das zweite bundespolitische Zentrum."

Die Entstehung der Berliner Republik

Von Prof. Dr. Manfred Görtemaker

19.5.2011

geb. 1951, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Publizistik in Münster und Berlin. 1975-80 Wissenschaftlicher Assistent und 1983-89 Hochschulassistent an der Freien Universität Berlin. 1980-81 John F. Kennedy Memorial Fellow an der Harvard University. 1982-83 Visiting Assistant Professor of Overseas Studies der Stanford University. 1989-90 Krupp Foundation Senior Associate am Institute for East-West Security Studies in New York. Seit 1992 o. Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam. 1994-95 Prorektor und 2001-04 Vorsitzender des Senats der Universität Potsdam.

Eine Umfrage unter den Abgeordneten sah Bonn noch vier Tage vorher klar vorne, doch dann kam alles anders: Am 20. Juni 1991 entschied sich der Bundestag für Berlin. Die Umzugsplanungen begannen. Und eine Debatte darüber, ob der Umzug den Stil des Regierens berühren werde – oder gar dessen Inhalte.



Regierungsviertel in Berlin. Lizenz: cc by-sa/3.0/de (Foto: Times)

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 endete auch die Geschichte der "Bonner Republik", die sich seit 1949 durch eine bemerkenswerte innere Stabilität sowie durch wirtschaftliche Prosperität und außenpolitische Berechenbarkeit ausgezeichnet hatte. Dabei war nicht von Anfang an absehbar, wie groß der Einschnitt sein würde, der sich durch die "Wende" von 1989/90 ergab. Schon der Fortbestand der Verfassung und die Kontinuität der Westbindung ließen den Bruch als bedeutungsvoll, aber nicht als dramatisch erscheinen. Diesen Eindruck konnte man ebenfalls gewinnen, wenn man die Wirtschaftsordnung, das Parteiensystem und die politische Kultur der alten Bundesrepublik betrachtete. Alles, was die Bonner Republik so attraktiv gemacht hatte, war mit dem

Beitritt der ostdeutschen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 auf das Gebiet der ehemaligen DDR übertragen worden, ohne selbst größere Veränderungen zu erfahren – so schien es jedenfalls. Erst im Rückblick wird deutlich, dass die Zäsur tiefer war als zunächst angenommen.

Die Bundestagsdebatte vom 20. Juni 1991

Ein erstes Zeichen für den Wandel war die Debatte über die Frage, wo Parlament und Regierung im wiedervereinigten Deutschland ihren Sitz haben sollten. Am 10. Mai 1949 hatte der Parlamentarische Rat Bonn zum "vorläufigen Sitz der Bundesorgane " bestimmt. Der erste Deutsche Bundestag hatte die Entscheidung am 3. November 1949 bestätigt, seinen Beschluss jedoch mit dem Zusatz versehen: "Die leitenden Bundesorgane verlegen ihren Sitz in die Hauptstadt Deutschlands, Berlin, sobald allgemeine, freie, gleiche, geheime und direkte Wahlen in ganz Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone durchgeführt sind. Der Bundestag versammelt sich alsdann in Berlin."(1)

Dieses Bekenntnis zu Berlin war allerdings schon damals keineswegs selbstverständlich. Denn nicht nur die alliierten Siegermächte, sondern auch viele Deutsche hegten nach 1945 große Bedenken, ob das ehemalige Machtzentrum des "Dritten Reiches "als politischer Kristallisationspunkt eines neuen demokratischen Deutschlands geeignet sei.(2) Jetzt, vier Jahrzehnte später, hatte Bonn seinen Status als provisorischer "Bundessitz" längst verloren und wurde im In- und Ausland weithin mit der zweiten deutschen Republik identifiziert. Es fiel daher schwer, sich mit dem Gedanken zu befreunden, dass die Hauptstadtfunktion wieder uneingeschränkt auf Berlin übertragen werden würde.(3) Orte standen dabei für Inhalte: Bonn für Bescheidenheit und demokratische Verlässlichkeit, Berlin für Größenwahn und eine obrigkeitshörige Staatsauffassung.(4)

Es verwundert somit kaum, dass vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Wiedervereinigung eine Diskussion um die Hauptstadtfrage begann. Als Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 3. Juli 1990 anlässlich seiner Verleihung der Ehrenbürgerwürde durch die Stadt, in der er von 1981 bis 1984 Regierender Bürgermeister gewesen war, erklärte, hier sei "der Platz für die politisch verantwortliche Führung Deutschlands", hielt ihm Horst Ehmke entgegen: "Was soll der Satz eigentlich bedeuten: einen Präsidialerlass, eine Beschwörung oder eine Tatsachenbehauptung? Wann ist denn Deutschland von Berlin aus politisch verantwortlich regiert worden? Die Antwort muss leider lauten: selten oder nie."(5)

Die damit ausgelöste Debatte fand sogleich eine breite publizistische Resonanz. Nationale Symbolik und historische Befindlichkeiten mischten sich dabei mit provinzieller Eitelkeit und finanziellen Interessen. Allerdings war die Diskussion nicht zu vermeiden. In dem Maße, in dem die deutsch-deutschen Verhandlungen voranschritten und die Wiedervereinigung näher rückte, bedurfte auch die Hauptstadtfrage einer Klärung. In Nordrhein-Westfalen befürchtete man, eine Regelung könne bereits bei den Verhandlungen über den Einheitsvertrag im Sinne Berlins getroffen werden. Dann hätte sich der Abschied von Bonn nicht mehr vermeiden lassen. Der Chef der Staatskanzlei in Düsseldorf, Wolfgang Clement, erinnerte Kanzleramtsminister Rudolf Seiters deshalb am 30. Juni 1990 vorsorglich an die Zusicherung des Bundeskanzlers, dass die Frage des Sitzes von Regierung und Parlament erst "nach Herstellung der Einheit" von den zuständigen Verfassungsorganen entschieden werde. Nordrhein-Westfalen verlasse sich darauf, so Clement, "dass dieses klare Wort des Bundeskanzlers und der Bundesregierung gilt".(6)

Tatsächlich vertraten DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière und sein Parlamentarischer Staatssekretär Günther Krause bei den Verhandlungen mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble über den Einigungsvertrag die Auffassung, dass "Berlin als Hauptstadt des geeinten Deutschlands"(7) in den Vertrag aufgenommen werden sollte, um den Einigungsprozess nicht zu gefährden. Schäuble hielt sich jedoch an die von Clement angemahnte Linie und erklärte schon in der ersten Verhandlungsrunde am 6. Juli 1990, "dass die Entscheidung über die Hauptstadt des

geeinten Deutschlands dem künftigen gesamtdeutschen Gesetzgeber vorbehalten bleiben müsse". Sie solle "nicht durch einen Vertrag der beiden Regierungen geregelt werden, der nur einheitlich angenommen oder abgelehnt werden könne".(8) Da de Maizière und Krause hartnäckig blieben, schlug Schäuble schließlich als Kompromiss vor, nur das in den Vertrag aufzunehmen, was ohnehin "unbestritten" sei: dass Berlin die "Hauptstadt" sei und bleibe; alles andere möge man später entscheiden.(9) In Artikel 2 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 hieß es dementsprechend: "Hauptstadt Deutschlands ist Berlin. Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung wird nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden."(10)

Die eigentliche Entscheidung war damit vertagt. Und wiederum war es der Bundespräsident, der die Diskussion neu entfachte. In einem an die Partei- und Fraktionsvorsitzenden des Bundestages gerichteten Memorandum vom 24. Februar 1991 setzte er sich nochmals für Berlin ein. Zugleich ermahnte er die Parteien und die Regierung, ihre Pflicht zur politischen Führung auch in dieser Frage ernst zu nehmen, da er nicht gedenke, allein nach Berlin zu ziehen.(11) Bereits am 27. Februar beschloss daraufhin das Bundestagspräsidium, eine Entscheidung noch vor der Sommerpause herbeizuführen und die Angelegenheit in einem Gesetz zu regeln. Am 23. April trafen sich die Repräsentanten aller Verfassungsorgane sowie die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen und einigten sich auf den 20. Juni 1991 als Tag der Entscheidung. Der Bundesrat sollte einen Tag später, am 21. Juni, über die Frage seines künftigen Sitzes beraten.(12)

Nun legte sich auch Bundeskanzler Kohl fest. Vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. April im Berliner Reichstagsgebäude kündigte er an, für Berlin als Sitz von Parlament und Regierung stimmen zu wollen.(13) Auch Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel erklärten sich für Berlin. Dennoch sprach alles für Bonn. Vier Tage vor der Debatte erbrachte eine Umfrage unter allen 662 Bundestagsabgeordneten das eindeutige Ergebnis, dass nur 267 Abgeordnete für Berlin votieren wollten, aber 343 für die bestehende Hauptstadt; das war die absolute Mehrheit.(14) Bonn war somit siegesgewiss und ging als klarer Favorit ins Rennen.(15)

Doch als nach einer elfstündigen, "von Würde und hohem Ernst" geprägten Debatte (16) mit 107 gehaltenen und zahlreichen zu Protokoll gegebenen Reden die Stimmzettel ausgezählt wurden, hatten von den 660 Abgeordneten 337 [Amtliches Endergebnis: 338 Stimmen; Anm. d. Red.] für den Berlin-Antrag gestimmt, der mit "Vollendung der Einheit Deutschlands" überschrieben war, und nur 320 für den konkurrierenden Bonn-Antrag ("Bundesstaatslösung"). Zwei Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten; eine Stimme war ungültig.(17) Damit war die Entscheidung für Berlin gefallen: denkbar knapp, aber unmissverständlich. Dagegen beschloss der Bundesrat am 5. Juli 1991, seinen Sitz vorerst in Bonn zu belassen, diese Entscheidung aber später "im Lichte der noch zu gewinnenden Erfahrungen sowie der tatsächlichen Entwicklung der föderativen Struktur"(18) zu überprüfen.

Eine Erklärung für das überraschende Ergebnis der Abstimmung im Bundestag liegt wohl darin, dass vielen Abgeordneten erst während der Debatte das ganze Ausmaß der historischen Dimension ihrer Entscheidung bewusst geworden war. Wolfgang Schäuble hatte diesen Aspekt in seiner Rede besonders hervorgehoben: "Für mich ist es – bei allem Respekt – nicht ein Wettkampf zwischen zwei Städten, zwischen Bonn und Berlin.

Es geht auch nicht um Arbeitsplätze, Umzugs- oder Reisekosten, um Regionalpolitik oder Strukturpolitik. Das alles ist zwar wichtig, aber in Wahrheit geht es um die Zukunft Deutschlands, [...] unser aller Zukunft, um unsere Zukunft in unserem vereinten Deutschland, das seine innere Einheit erst noch finden muss, und um unsere Zukunft in einem Europa, das seine Einheit verwirklichen muss, wenn es seiner Verantwortung für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit gerecht werden will."(19) Ein weiterer Grund für die Tatsache, dass sich die Berlin-Befürworter durchsetzten, dürfte darin bestehen, dass sie ihren Erfolg nicht für möglich gehalten hatten und deshalb zu zahlreichen Modifizierungen ihres Antrages bereit gewesen

waren, um schwankenden Abgeordneten die Zustimmung zu erlauben. Insbesondere das Versprechen einer "fairen Arbeitsteilung" zwischen Berlin und Bonn sowie die Zusage eines finanziellen Ausgleichs für die alte Hauptstadt und ihre Region nach den "Funktionsänderungen", aber auch die Empfehlung, den Sitz des Bundesrates in Bonn zu belassen, dürften das Ergebnis maßgeblich zugunsten Berlins beeinflusst haben.(20)

Die Bonn-Befürworter hatten sich dagegen – in Erwartung eines sicheren Sieges – weniger kompromissbereit gezeigt und waren damit am Ende unterlegen.(21) Die Entscheidung ließ jedoch einen gespaltenen Bundestag zurück und blieb die Antwort auf viele Fragen schuldig. "Eine wunderbare Katastrophe", urteilte deshalb das Nachrichtenmagazin Der Spiegel: "Weinende Verlierer, weinende Sieger: Seit dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen [...] Willy Brandt hat keine Entscheidung des Parlaments so viele Emotionen geweckt, doch anders als 1972 und wie noch nie zuvor ging der Riss quer durch die Fraktionen."(22) In der Tat hatte die Gespaltenheit der Abstimmung deutlich gemacht, dass die Deutschen von der inneren Wiedervereinigung noch weit entfernt waren. "Noch nicht daheim im deutschen Haus" seien die Deutschen, meinte daher der Chefredakteur der Hamburger Wochenzeitung Die Zeit, Theo Sommer. Der Hauptstadtstreit sei eigentlich ein "Stellvertreterkrieg", in dem sich die Orientierungsprobleme der Westdeutschen nach der Einheit ausdrückten: "Sie ahnen, dass die Bundesrepublik nicht nur größer geworden ist, sondern dass sich auch zwangsläufig die Gesellschaft verändern wird. Wie viel wird von dem alten Bonner Staat Bestand haben? Welchen Wandel wird das Zusammenleben im vereinten Staat den Westdeutschen abzwängen?"(23)

Im Ausland wurde dagegen vor allem die historische Dimension der Entscheidung gewürdigt. In Frankreich kommentierte Le Monde, die Wahl Berlins müsse nicht als "die leidenschaftliche Rückkehr eines deutschen Nationalismus" interpretiert werden. Die geopolitischen Erschütterungen des Jahres 1989 in Mittel- und Osteuropa hätten den Deutschen vielmehr "das Bewusstsein ihrer Scharnier-Lage in Europa" zurückgegeben.(24) Der britische Guardian bemerkte, es sei "eine glückliche Lösung", dass Berlin jetzt in einem "ausgesprochen demokratischen Umfeld" wieder Hauptstadt geworden sei. Noch wichtiger sei aber, "dass die Deutschen es später einmal zumindest bedauert hätten, wenn dieser Schritt jetzt nicht gemacht worden wäre". Die Einheit, nach der sie fast ein halbes Jahrhundert gestrebt hätten, sei nun "so komplett, wie sie nur sein kann".(25)

Aus deutscher Sicht ging es indessen erst einmal darum, die Entscheidung in die Wirklichkeit zu übersetzen. Unklar war vor allem, was unter der versprochenen "fairen Arbeitsteilung" zu verstehen war und in welchen zeitlichen Dimensionen sich der Umzug vollziehen sollte. In dem vom Bundestag angenommenen Antrag hieß es dazu widersprüchlich, dass die Arbeitsfähigkeit von Parlament und Regierung in Berlin "in vier Jahren hergestellt" sein solle und dass man anstrebe, "in spätestens 10 bis 12 Jahren" die "volle Funktionsfähigkeit Berlins als Parlaments- und Regierungssitz" zu erreichen. Schon bei der Erarbeitung des ersten Umzugskonzepts – dem zahlreiche weitere folgen sollten – wurde aber deutlich, dass Verzögerungen nicht zu vermeiden waren. Immer wieder gab es Vorbehalte und Widerstände, nicht zuletzt aus Kostengründen.(26) Nahezu "zehn leidvolle und leidenschaftliche Jahre" seien dem Umzugsbeschluss gefolgt, bemerkte dazu 2001 rückblickend eine Berliner Tageszeitung.(27) Tatsächlich konnten Bundestag und Bundesregierung erst Ende der 1990er Jahre ihre Arbeit in Berlin aufnehmen.

Der Umzug von Parlament und Regierung

Wegweisend für die Planungen war die Entscheidung des Ältestenrats des Bundestages vom 30. Oktober 1991, das Reichstagsgebäude als künftigen Tagungsort des Parlaments zu nutzen. Erst danach wurden die weiteren Entscheidungen über den Umzug getroffen. Zur Frage, wer überhaupt übersiedeln sollte, billigte das Bundeskabinett am 3. Juni 1992 einen Vorschlag des Innenministeriums, wonach zehn der 19 Ministerien sowie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und das Kanzleramt nach Berlin verlagert werden sollten. Der Rest, mit zwei Dritteln der Beamten, würde in Bonn bleiben.

In zwei nahezu identischen Kooperationsverträgen zwischen dem Bund und den Ländern Berlin und Brandenburg vom 25. August 1992 wurden Einzelheiten zum Ausbau Berlins als Bundeshauptstadt und zur Erfüllung seiner Funktion als Sitz des Bundestages und der Bundesregierung geregelt.⁽²⁸⁾ Dazu zählten auch baurechtliche Änderungen, um die hauptstadtbedingte Leitplanung zu beschleunigen. Die ersten Bauarbeiten begannen am 7. Januar 1993: Das ehemalige Volksbildungsministerium der DDR in der Straße Unter den Linden, unweit vom Brandenburger Tor, wurde zu einem Bürogebäude für den Bundestag umgebaut. Anfang 1993 wurden auch der Wettbewerb für die Umgestaltung des Reichstages und der "Städtebauliche Ideenwettbewerb Spreebogen" entschieden. Für den Spreebogen setzten sich der Berliner Architekt Axel Schultes und seine Mitarbeiterin Charlotte Frank mit ihrem Entwurf "Band des Bundes" gegen 834 Konkurrenten aus 44 Ländern durch.

Für die Planung des Reichstages wurden gleich drei erste Preise vergeben. Am Ende kam der Entwurf von Sir Norman Foster zum Zuge. Allerdings musste er an seinem ursprünglichen Konzept, das eine das gesamte Reichstagsgebäude überragende Dachkonstruktion vorsah, wesentliche Veränderungen vornehmen. Insbesondere der Streit um die Kuppel bestimmte lange Zeit die Diskussion.⁽²⁹⁾

Besondere Bedeutung erhielt in diesem Zusammenhang das Berlin-Bonn-Gesetz, das am 26. April 1994 verabschiedet wurde und die Unsicherheit über Umfang und Zeitpunkt des Umzuges beseitigte. Zuvor war von der Bundesregierung noch eine "Kostendeckelung" für den Umzug beschlossen worden. Nach einer Aufstellung des Bundesfinanzministeriums vom 14. Januar 1994 durften die Gesamtkosten 20 Milliarden DM nicht überschreiten. Davon sollten 16 Milliarden DM auf den eigentlichen Umzug entfallen; vier Milliarden DM waren als Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn vorgesehen.⁽³⁰⁾ Klaus Töpfer, der am 18. November 1994 von Bundeskanzler Kohl zum Bundesbauminister und Beauftragten für den Berlin-Umzug und den Bonn-Ausgleich ernannt wurde, legte in rascher Folge Unterbringungskonzepte für die Ministerien in Berlin und Bonn vor, so dass die Planungen nun immer konkreter wurden. Seit 1995 glied die Mitte Berlins, wo künftig das politische Zentrum der Bundesrepublik seinen Sitz erhalten sollte, einer riesigen Baustelle.

Am 4. Februar 1997 erfolgte auch der erste Spatenstich für den Neubau des Kanzleramtes im Spreebogen gegenüber dem Reichstag. Als erstes Verfassungsorgan zog der Bundespräsident vollständig nach Berlin um. Richard von Weizsäcker hatte seinen Dienstsitz bereits am 11. Januar 1994 aus der Bonner Villa Hammerschmidt in das Berliner Schloss Bellevue verlegt. Das Bundespräsidialamt nahm am 23. November 1998 unter dem neuen Bundespräsidenten Roman Herzog, der inzwischen die Nachfolge von Weizsäckers angetreten hatte, in einem neuen Gebäude im Tiergarten in unmittelbarer Nähe des Schlosses Bellevue seine Arbeit auf.

Von den Bundesministern bezog Bauminister Franz Müntefering am 28. Juni 1999 als erster seinen provisorischen Sitz in der Krausenstraße. Der Hauptumzug des Bundestages nach Berlin begann am 5. Juli 1999, als die ersten Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung in ihre Berliner Büros übersiedelten. Bundeskanzler Gerhard Schröder residierte seit dem 23. August 1999 in einem Übergangsquartier am Schlossplatz 1, der historischen Mitte Berlins, wo das 1964 eingeweihte, ehemalige Staatsratsgebäude der DDR als provisorisches Kanzleramt diente.³¹ Der Bundestag, der sich bereits am 19. April 1999 zu seiner ersten Sitzung im umgebauten Reichstag versammelt hatte,

folgte nach der Sommerpause am 6. September 1999. Inzwischen hatte auch der Bundesrat seine Entscheidung vom 5. Juli 1991 korrigiert und am 27. September 1996 beschlossen, nach Berlin umzuziehen. Ende September 2000 nahm die Ländervertretung im Gebäude des ehemaligen Preußischen Herrenhauses in der Leipziger Straße ihren Sitzungsbetrieb auf.

Regieren an der Spree: Kontinuität oder Neubeginn?

Die Frage, inwieweit der Umzug von Parlament und Regierung den Stil des Regierens oder gar dessen Inhalte tangieren werde, wurde schon früh thematisiert. So veröffentlichte der Journalist und Publizist Johannes Gross, selbst Rheinländer, 1995 ein Buch unter dem Titel Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, in dem er die Behauptung aufstellte, die Bundesrepublik sei "durch die Wiedervereinigung nicht nur größer, sondern dank auch der sie begleitenden Veränderungen der internationalen Politik von Grund auf anders geworden". Zwar sei die Berliner Republik mit der Bonner Republik staatsrechtlich identisch – jedoch: "gesellschaftlich, politisch, kulturell ist sie es nicht".(32)

Mit dem Umzug nach Berlin, meinte Gross, werde "die Binnenisolation der deutschen Politik", die zu den Charakteristika Bonns zählte, wo die Politik "wie eine Einquartierung" lebte, beendet: "Zu den Funktionen einer großen Hauptstadt hat immer die gehört, nicht nur Arena von Entscheidungen zu sein, sondern der erste Ort der öffentlichen Meinung eines Landes und die Börse, an der politische und gesellschaftliche Ideen gehandelt und bewertet werden und wo die Eliten eines Landes sich messen." Für die alte Bundesrepublik sei die Kommunikationsschwäche unter den Eliten kennzeichnend gewesen, weil es eine Vielzahl von Zentren, aber eben keine Hauptstadt im Vollsinn des Wortes gab. Berlin als Hauptstadt werde eine besondere Sogwirkung entfalten und "nicht nur Hauptquartier der Bundespolitik sein, sondern auch Lebensmittelpunkt der sie gestaltenden Personen" – und das werde sich auf die Atmosphäre des Regierens auswirken.(33)

Dieser Argumentation, die von einer Änderung der Politik wie von einem Wandel des Politikstils ausging, wurde im Folgenden häufig widersprochen, selten zugestimmt. Vor allem jene Politiker, die für Berlin als Hauptstadt votiert hatten, schienen im Nachhinein ein Interesse daran zu haben, die politischen Wirkungen ihres Votums herunterzuspielen. Insbesondere der Begriff "Berliner Republik" fand keine Gnade. Helmut Kohl nannte ihn einen "ausgemachten Unsinn", der Umzug sei kein Umzug in eine "andere Republik". Wolfgang Schäuble bekannte im Juni 1997 vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, er halte wenig von derartigen "Wortungetümen", eine Berliner Republik werde es ebenso wenig geben, wie es eine Bonner Republik gegeben habe. Und Bundespräsident Roman Herzog betonte, er halte von dem Begriff "überhaupt nichts", denn er sehe nicht, "dass die Berliner eine andere Republik sein sollte als die von Bonn".(34)

Auch die Politikwissenschaft tat sich lange schwer, die Zäsur anzuerkennen, die durch die Wegscheidung von 1989 markiert worden war und die sich im Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin widerspiegelte.(35) Unbestritten waren von Anfang an die grundlegenden Veränderungen in der Außenpolitik. Weitgehend unstrittig sind inzwischen ebenfalls die Veränderungen im Parteiensystem. Auf die Zunahme sozialer und politischer Konflikte und das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Mentalitäten als Ausdruck einer "heterogener" gewordenen Gesellschaft hat überzeugend der Historiker Gerhard A. Ritter hingewiesen.(36)

Nicht zuletzt bildete sich in den 1990er Jahren "ein neuer medialer Überbau" heraus, der sich – so der Medienwissenschaftler Lutz Hachmeister – "von den vergleichsweise idyllischen Bonner Verhältnissen" deutlich unterscheidet.(37) "Phantome werden manchmal Realität", erklärte Hachmeister, "so wie das Geistige und Seelische ins Körperliche übergehen und die Welt durch das Gedachte verändert werden kann". Nicht anders verhalte es sich mit der Berliner Republik, die zuerst nur Bezeichnung für das größere Deutschland nach 1989 gewesen sei, dann soziologisches Konzept und sich nun als Lifestyle, "digitale Boheme" und mediale Aneignung entpuppe.(38)

Diese Veränderungen sind nicht allein mit der Wiedervereinigung zu erklären, sondern bedurften der Effekte des Umzugs, um wirksam werden zu können – den Gegebenheiten der Metropole, die es mit sich bringen, dass sich "publizistische und politische Milieus auffächern und neu verdichten" (39). Mit dem Wechsel von der Bonner zur Berliner Republik ging zudem ein Generationswechsel in der deutschen Publizistik einher, Journalisten übernahmen einen Teil der intellektuellen Deutungsmacht, die zuvor von den Politikern selbst oder von Professoren und Schriftstellern ausgeübt worden war. (40)

Die Frage bleibt, wie tiefgreifend der Einschnitt von 1990 wirklich war und ob überhaupt von einer "Berliner Republik" gesprochen werden sollte. Angesichts der Tatsache, dass weder von Kontinuität noch von einem Neubeginn die Rede sein kann, plädiert Lothar de Maizière für einen pragmatischen Umgang mit dem Begriff. Zwar sollte dieser nicht gegen die Bonner Republik verwendet werden, aber er sei hilfreich, um die Zäsur von 1990 zu verdeutlichen: "Für alle Ostdeutschen teilt sich doch das Leben in zwei Phasen, die vor der Wende und die nach der Wende. Wenn der Begriff Berliner Republik dazu beiträgt, dass auch den Westdeutschen klar wird, dass sich 1990 etwas verändert hat, begrüße ich das sehr." (41)

Ähnlich sieht es auch Hermann Rudolph, der 1998 im Berliner Tagesspiegel notierte, in Wahrheit gehe es darum, wie und in welchem Maße die Republik ihre Bonner Erfahrungen nach Berlin mitnehme. Vielleicht stütze nichts so sehr die Absicht, das vereinte Deutschland bewusst als Berliner Republik zu begreifen, wie die Aussicht, dass sie sonst doch nur die alte Bonner Republik bleiben werde – erweitert um ein paar Tausend Quadratkilometer, versetzt an einen neuen Standort. Berlin also als eine Art Bonn. Dann, so Rudolph, fehle nicht viel zu der Einsicht, dass man sich die ganze Mühe hätte sparen können. (42)

Anmerkungen

(1) Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Protokolle, 3. November 1949, S. 341 B-347 A.

(2) Vgl. Reiner Pommerin: Von Berlin nach Bonn. Die Alliierten, die Deutschen und die Hauptstadtfrage nach 1945, Köln, Wien 1989, S. 214.

(3) Vgl. Erich Nickel: Der Streit um die deutsche Hauptstadt, in: Berlinische Monatsschrift, H. 7, 2001, S. 20.

(4) In den 1950er Jahren hatte der Schweizer Publizist Fritz René Allemann mit seinem Buch »Bonn ist nicht Weimar« (Köln und Berlin 1956) eine ähnliche Diskussion ausgelöst, als er die Bundesrepublik mit der Weimarer Republik verglich.

(5) Bundespräsident Richard von Weizsäcker: Verleihung der Ehrenbürgerwürde von Berlin an den Bundespräsidenten, in: Bulletin, 3. Juli 1990, Nr. 85, S. 736; Horst Ehmke: Nur keine Neuauflage preußisch-deutscher Mystik!, in: Alois Rummel (Hrsg.): Bonn. Sinnbild deutscher Demokratie. Zur Debatte um Hauptstadt und Regierungssitz, Bonn 1990, S. 110. Vgl. auch Peter Glotz: Der Irrtum des Präsidenten – Ein Offener Brief, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, August 1990, S. 749.

(6) Schreiben des Ministers Clement an Bundesminister Seiters, Düsseldorf, 30. Juni 1990, in: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998, S. 1284.

(7) Vgl. Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte,

Stuttgart 1991, S. 131.

(8) Erste Verhandlungsrunde über den Vertrag zur Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag), 6. Juli 1990, in: Deutsche Einheit (wie Anm. 6), S. 1326.

(9) Schäuble: Der Vertrag (wie Anm. 7), S. 87.

(10) Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990, in: Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands, hrsg. von Ingo von Münch, Stuttgart 1991, S. 328.

(11) Wortlaut des Memorandums in: Die Welt, 11. März 1991, S. 5.

(12) Vgl. Andreas Salz: Bonn-Berlin. Die Debatte um Parlaments- und Regierungssitz im Deutschen Bundestag und die Folgen, Münster 2006, S. 50 f.

(13) Vgl. Dietmar Kansy: Zitterpartie. Der Umzug des Bundestages von Bonn nach Berlin, Hamburg 2003, S. 28.

(14) Vgl. Franz Möller: Der Beschluss. Bonn/Berlin-Entscheidungen von 1990 bis 1994, Bonn 2002, S. 65 f.

(15) Zu den Bemühungen, eine Kampfabstimmung zu vermeiden und einen Kompromiss zu finden, vgl. Volker Tschirch: Der Kampf um Bonn, hrsg. vom Oberkreisdirektor des Rhein-Sieg-Kreis, Bonn 1999, S. 68 ff.

(16) Vgl. Andreas Kießling: Hauptstadt Berlin, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949 –1989 –1999, Bonn 1999, S. 63.

(17) Vgl. Berlin-Bonn. Die Debatte. Alle Bundestagsreden vom 20. Juni 1991, Köln 1991, S. 375. Ein Konsensantrag, demzufolge der Bundestag nach Berlin umziehen, die Bundesregierung aber in Bonn bleiben sollte, war zuvor mit 147 gegen 489 Stimmen gescheitert; die Abgeordneten hatten sich also deutlich gegen eine Trennung von Parlaments- und Regierungssitz entschieden. Vgl. ebd., S. 352.

(18) Das Parlament, 12. Juli 1991.

(19) Berlin-Bonn (wie Anm. 17), S. 53 u. 55. Vgl. hierzu auch Ekkehard Kohrs: Die Stimmung kippte nach der Rede Schäubles, in: General-Anzeiger (Bonn), 21. Juni 1991, S. 3.

(20) Salz: Bonn-Berlin (wie Anm. 12), S. 69.

(21) Vgl. Tschirch: Kampf um Bonn (wie Anm. 15), S. 90.

(22) »Eine wunderbare Katastrophe«, in: Der Spiegel, 24. Juni 1991.

(23) Die Zeit, 21. Juni 1991.

(24) Le Monde, 22. Juni 1991.

(25) The Guardian, 22. Juni 1991.

- (26) Vgl. Herbert Schwenk: Vom Rhein an die Spree. Der Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin, in: Berlinische Monatsschrift, H. 7, 2001, S. 28.
- (27) Berliner Morgenpost, 21. Juni 2001.
- (28) Vgl. Christine Lutz: Berlin als Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands. Symbol für ein neues deutsches Selbstverständnis?, Berlin 2002, S. 58 ff.
- (29) Vgl. hierzu ausführlich Michael S. Cullen: Der Reichstag. Parlament, Denkmal, Symbol, 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl., Berlin 1999, S. 291–305.
- (30) Vgl. Kießling: Hauptstadt Berlin (wie Anm. 16), S. 65.
- (31) Der Neubau des Kanzleramtes im Spreebogen war erst im April 2001 bezugsfertig und ist seit dem 30. April 2001 offizieller Dienstsitz des Bundeskanzlers. Vgl. hierzu ausführlich Manfred Görtemaker (mit Michael Bienert und Marko Leps): Orte der Demokratie in Berlin. Ein historisch-politischer Wegweiser, Berlin 2004, S. 211 ff.
- (32) Johannes Gross: Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1995, S. 7 f.
- (33) Ebd., S. 92 f.
- (34) Zit. n.: Michael Sontheimer: Berlin, Berlin. Der Umzug in die Hauptstadt, Hamburg 1999, S. 222.
- (35) Vgl. Klaus von Beyme: Die »Berliner Republik«, in: Gegenwartskunde, H. 1, 1999, S. 135–139; Eckhard Jesse: Von der »Bonner Republik« zur »Berliner Republik«? Mehr Kontinuität als Wandel, in: Karl Eckert/Eckhard Jesse (Hrsg.): Das wiedervereinigte Deutschland – eine erweiterte oder eine neue Bundesrepublik?, Berlin 1999, S. 21–33.
- (36) Vgl. Gerhard A. Ritter, Continuity and Change. Political and Social Developments in Germany after 1945 and 1989/90, London 2000, S. 25. Vgl. auch umfassend Gerhard A. Ritter: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2006.
- (37) Lutz Hachmeister: Nervöse Zone. Politik und Journalismus in der Berliner Republik, München 2007, S. 24.
- (38) Ebd., S. 15.
- (39) Ebd., S. 24. Vgl. auch Beate Schneider: Massenmedien im Prozess der deutschen Vereinigung, in: Jürgen Wilke (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 602–629.
- (40) Hachmeister: Nervöse Zone (wie Anm. 37), S. 77 f.
- (41) Zit. n.: Sontheimer: Berlin (wie Anm. 34), S. 233.
- (42) Hermann Rudolph: Der Argwohn um die Berliner Republik, in: Der Tagesspiegel, 6. September 1998, vgl. auch ders.: Das erste Jahrzehnt. Die Deutschen

zwischen Euphorie und Enttäuschung. Mit einem Vorwort von Lothar de Maizière, Stuttgart, München 2000, S. 250.

aus: Manfred Görtemaker: Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, 2009.

Aufbruch in die Metropole

Wie sich durch die Hauptstadtdebatte die Republik veränderte

Von Oliver D'Antonio

22.6.2011

M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung, Göttingen.

Vor 20 Jahren wurde der Umzug der Bundeshauptstadt in das einst geteilte Berlin beschlossen. In der Debatte darum ließen sich schon damals erste Konturen einer neuen Republik erkennen.

Von Bonn nach Berlin

Es wirkt schon skurril, das ehemalige Regierungsviertel am Rheinufer südlich der Bonner Innenstadt. Es ist heute kaum vorstellbar, dass noch vor etwas mehr als einem Jahrzehnt die Machtzentrale eines der wirtschaftsstärksten Staaten der Erde hier ihren Sitz hatte. Selbst jene, die einst noch im Bonner Bundeshaus oder in diversen Ministerien saßen, scheinen den Gedanken geradezu absurd zu finden, Deutschland könnte heute noch von diesem beschaulichen Flecken aus regiert werden. 20 Jahre ist es dieser Tage her, dass der Bundestag im alten Bonner Wasserwerk den Beschluss fasste, den Sitz von Parlament und Regierung nach Berlin zu verlegen. Aus diesem Anlass entdecken auch die Medien die Bundesstadt am Rhein wieder, stellen diese jedoch eher als ein liebens-, aber bemitleidenswertes Kuriosum längst vergangener deutscher Geschichte dar. Die Abgeordneten, die seinerzeit für Bonn stimmten, werden nun erneut ins mediale Rampenlicht gezerrt, wo sie glaubhaft beteuern, sich damals geirrt zu haben und wie faszinierend die Metropole Berlin doch sei.[1]

Doch so selbstverständlich Berlin heute als Hauptstadt erscheint, so erklärungsbedürftig ist immer noch die Frage, weshalb in jener spektakulären Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Juni 1991 nur eine knappe Mehrheit von 18 Stimmen den Ausschlag für Berlin gab. Die Emotionalität der Debatte von einst scheint heute kaum noch nachvollziehbar. Möglicherweise besaß der Streit um den Regierungssitz jedoch eine tiefer liegende Bedeutung, war vielleicht sogar das entscheidende Vorspiel im Kampf um die Diskurshoheit in der Republik. Zudem muss der Debatte aus ostdeutscher Perspektive gesonderte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Auseinandersetzung um Bonn oder Berlin kann im Nachhinein als Vorbote eines Paradigmenwechsels von der Bonner zur Berliner Republik gedeutet werden. Dabei kommt der Hauptstadtfrage, den Städten selbst, ein symbolischer Bedeutungsgehalt zu, der auf Kontinuität der alten Bundesrepublik oder auf eine grundlegende Erneuerung der politischen Agenda einer Berliner Republik setzt.

Symbolkraft zweier deutscher Hauptstädte bis 1989 Bonn und Berlin:

Bonn war zu allererst ein Provisorium. Kaum einer der Politiker, die am Rhein arbeiteten oder regierten, gab der Stadt das Gefühl, mehr zu sein als eine Übergangs-, bestenfalls eine Notlösung. Trotz dieser Wahrnehmung besaß Bonn seit Gründung der Bundesrepublik auch einen spezifischen Symbolcharakter. Die Wahl Bonns als provisorische Hauptstadt sollte für eine historische Umkehr in der deutschen Geschichte stehen. Die Stadt signalisierte in Konrad Adenauers Kalkül nach innen, aber noch mehr über die Landesgrenzen hinaus, dass die Bundesrepublik ein bescheidener, föderaler Staat sei, der auf Machtinsignien und repräsentative Darstellung von Größe bewusst verzichte. Bonn war das Symbol zur Herstellung von Vertrauen in Deutschland innerhalb der westlichen Welt. Es kontrastierte damit mit Berlin, das in jenen Jahren vor allem im Ausland vielfach mit Preußentum, Militarismus, Nazismus und Zentralismus identifiziert wurde.[2] Dennoch blieb die geteilte Stadt lange Zeit für viele Deutsche ein zentraler Orientierungspunkt und Symbol der Freiheit im Kalten Krieg. Gerade der spätere Bundeskanzler Willy Brandt wurde nicht müde, Berlin fortwährend zur rechtmäßigen Hauptstadt zu erklären.[3] Bis in die 1960er-Jahre hinein wurde der Provisoriumscharakter Bonns gegenüber Berlin unaufhörlich betont, eine umfassende Hauptstadtplanung fortwährend vertagt.[4]

Andererseits wurde mit dem Bau der Mauer in Berlin die deutsche Teilung zementiert. Die Westdeutschen arrangierten sich allmählich mit Bonn. Das Provisorium erweiterte seine Qualitäten. Bonn stand nun auch für das Wirtschaftswunder, einen funktionierenden Sozialstaat und eine stabile Demokratie, die so viel Flexibilität aufwies, Protestbewegungen zu integrieren. Die alte Bundesrepublik galt alsbald als international geachtetes Erfolgsmodell. Berlin hingegen rückte allmählich aus dem Fokus der Westdeutschen. Besonders Helmut Kohl förderte die Stadt Bonn in den 1980er-Jahren nachhaltig und zog die Bundespräsenz als Zeichen der Entspannung an die SED-Führung immer mehr aus Berlin ab.[5] In der alten Bundesrepublik begann in jenen Jahren ein intensiver Selbstverortungsprozess. Die Debatten um Bitburg, der Historikerstreit oder die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 deuten darauf hin, dass der Referenzpunkt der alten Bundesrepublik zwar im Erfahrungsraum von 1933/45 verharrte, dass jedoch 1945/49 als Beginn einer neuen, westdeutschen Erfolgsstory zu werten sei. Die BRD schien zu ihrem 40. Jahrestag selbstgenügsam geworden zu sein und suchte nach einer eigenen Position in der deutschen Geschichte.[6]

Die DDR rückte in der Spätphase der Bonner Republik aus dem Blickfeld. Eine Vereinigung beider Staaten schien zu Ende der 1980er-Jahre nicht nur unmöglich, sondern auch nicht unbedingt gewollt.[7] In der DDR zeigte sich hingegen ein ambivalentes Bild, was die Städtefrage anging: Berlin, das Schaufenster zum Westen, galt als überaus unbeliebt, da die Kapitale Infrastruktur, Waren und Ressourcen an sich zog, die im übrigen Land fehlten.[8] Dennoch war auch aus Sicht der meisten Oppositionellen Berlin die "natürliche" Hauptstadt des Staates, in welcher auch die Regierung einer demokratisierten DDR Platz nehmen würde. Mit der Stadt Bonn hingegen verbanden die Bürgerinnen und Bürger der DDR nichts. Sie blieb auch nach der Einheit für die meisten Ostdeutschen die Hauptstadt eines anderen, gleichwohl demokratisch vorbildlichen Staates. Im Dezember 1989 wurde auf einer Montagsdemonstration in Ost-Berlin ein Transparent empor gehalten, das in schwarz-rot-goldener Farbe die Fläche des vereinigten Deutschlands zeigt. Die Stadt Berlin ist darauf in Form eines Herzens markiert.[9] Berlin erschien in der DDR als das logische Zentrum eines wiedervereinigten Deutschlands. Ins Herz geschlossen hatten viele Ostdeutsche die Stadt wohl auch nach dem 3. Oktober 1990 nicht, aber es wurde von vielen wie selbstverständlich erwartet, dass eine gleichberechtigte Vereinigung stattfinden würde und die Bundesrepublik nicht nahtlos an ihre Traditionen der rheinischen Republik anknüpfen könne. Eine Hauptstadt Berlin galt im Osten als ein Zeichen westdeutschen Entgegenkommens. Doch eben dies sahen viele westdeutsche Besitzstandswahrer anders.

Die Debatte um den Regierungssitz Bonn versus Berlin:

Gleichwohl die Hauptstadtfrage schon im Verlauf der Verhandlungen um den Einigungsvertrag eine zentrale Rolle spielte, entschärften die Unterhändler die Problematik zunächst durch Vertagung: Bundeshauptstadt wurde zum 3. Oktober 1990 – wie von der DDR-Regierung gewünscht – Berlin, die Frage von Parlaments- und Regierungssitz blieb jedoch bis nach der Bundestagswahl 1990 offen.[10] Nach dem Jahreswechsel wurde die Debatte wiederbelebt. In diesen Monaten bildeten sich, vereinfacht gesagt, drei Diskursstränge heraus, die zum Teil wechselseitig ineinander verwoben waren: Die westdeutschen Befürworter Berlins steuerten den Diskurs in Richtung einer schicksalhaften Entscheidung, bei der die Zukunft der Nation, wenn nicht gar Europas auf dem Spiel stand. Dabei zielten nicht wenige auf eine Wandlung der Bundesrepublik. In den Diskursen ostdeutscher Politiker stand die Frage nach einer wirklichen Vereinigung im Zentrum. Sie verstanden Berlin in erster Linie als ein Symbol des Entgegenkommens des Westens. Schließlich existierte die gegensätzliche Argumentationsrichtung, die vor allem von den Befürwortern der Bonner Lösung geführt wurde. Sie widersprach weitgehend dem nationalen Pathos, bezog ihre Stellung auf Grundlage der wirtschaftlichen Situation in den neuen Bundesländern bzw. warnte sie vor einer Notlage der Region Bonn, sollte der Regierungssitz verloren gehen.[11] Sie stellten dem wieder erstarkten Nationsentwurf in guter Bonner Tradition die pragmatische Nüchternheit der Zahlen entgegen.

Nach der knappen Entscheidung für Berlin, im Anschluss an eine zehnstündige Redeschlacht, wurde immer wieder die Frage danach gestellt, ob ein Muster erkennbar sei, nach welchem die Abgeordneten für eine bestimmte Stadt votierten. Die Tatsache, dass der Beschluss in einer namentlichen Abstimmung gefällt wurde, ließ ausreichend Raum zur Interpretation des Vorgangs. Udo Wengst stellte im Zuge einer Analyse des Abstimmungsverhaltens schon 1991 fest, "daß in dieser Abstimmung der Westen dem Osten und der Süden dem Norden unterlegen sind, daß die Katholiken gegen die Protestanten und die Jüngeren gegen die Älteren"[12] verloren hatten. Diese Perspektive ließe sich durch folgende These ergänzen: Der Riss, der vor allem die Volksparteien CDU und SPD durchzog und in zwei fast gleichgroße Lager für Berlin oder Bonn spaltete, kann als ein Vorbote der anstehenden Kämpfe um die innerparteiliche Deutungshoheit zwischen modernistischen und traditionalistischen Kräften verstanden werden. Dies bedeutet nun keineswegs, dass andere Komponenten für die Entscheidung keine Rolle spielten. Insbesondere der Aspekt regionaler Herkunft legt deutlich die Tendenz offen, dass nord- und ostdeutsche Politiker mehrheitlich pro Berlin stimmten. Es ist aber auch erkennbar, dass die innerfraktionelle Spaltung der Parteien eben vor allem bei Union und SPD zu finden ist, während bei FDP, Bündnis 90/Die Grünen und PDS sehr eindeutige Voten für Berlin zu finden sind. Im Folgenden stehen die diskursiven Bilder beider Städte im Zentrum der Darstellung, da sie konstitutiv für das Verständnis von Wahrung und Erneuerung der Republik sind.

Der Bonner Diskurs nahm Bezug auf die Bewährtheit der westdeutschen Republik, Bonn galt dabei als Symbol und Vorbild einer erfolgreichen Demokratie. Im Zentrum des politischen Diskurses des Bonner Lagers stand jedoch das rational-sachliche Argument der Kosten, auf das unter anderem die Abgeordnete Ingrid Roitzsch (CDU), Ingrid Matthäus-Maier (SPD) und Gerhart Baum (FDP) in der Bundestagsdebatte abzielten. Ingrid Roitzsch brachte die Bonner Ratio auf den Punkt: Auch ihr Herz schlage für Berlin, doch "die Vernunft gebietet mir, mich heute für Bonn [...] auszusprechen."[13] Neben der nüchternen Argumentationslinie, die dem tradierten Politikverständnis der Bonner Republik entspricht, wurde jedoch auch eine emotionale Komponente Bonns betont. Bescheidenheit und Demut auch im Erfolgsfalle galten als Signum der Bonner Demokratie. Die Grundpfeiler einer defensiven und dezentralen Staatsorganisation und ein föderalistischer Aufbau wurden beschworen. Die Symbolhaftigkeit Bonns für die westdeutsche Demokratie betonte in ihrer Rede unter anderem die SPD-Abgeordnete Anke Fuchs. Das damals jüngste Mitglied des Bundestages, Martin Bury (SPD), verdeutlichte die postnationale Orientierung der politischen Kultur in der Bonner Republik der 1980er-Jahre. Die junge Generation habe keinen Bedarf an nationaler Symbolik, so Bury. Zudem wurde bereits in den Vorfelddebatten häufiger die Föderalismus gefährdende Sogwirkung Berlins betont. Eine Hauptstadt Bonn solle das föderale Kräftegleichgewicht stärken, stellte beispielsweise die Junge Union Thüringens fest.[14] Die Furcht der westdeutschen Politiker von einer "Megastadt Berlin"[15] wurde auch in der Bundestagsdebatte häufig aufgegriffen. Außerhalb jener Debatte setzten sich die Historiker

Eberhard Jäckel und Fritz Fischer in der Presse mit der problematischen Deutung einer Hauptstadt Berlin auseinander und warnten vor einem neu aufflammenden Nationalismus.[16] Jäckel plädierte – in guter Bonner Tradition – für einen "historischen Kompromiss" zwischen den Städten, was die Aufteilung der Hauptstadtfunktionen betraf. Der sogenannte Konsensantrag[17] von Heiner Geißler, Rainer Eppelmann und anderen, in welchem die Aufteilung von Parlament und Regierung zwischen Bonn und Berlin gefordert wurde, symbolisierte eine solche Konsensstrategie.

Der westdeutsche Berliner Diskurs sah in den Debatten gänzlich andere Aspekte als relevant an. Die Befürworter des Umzugs nach Berlin argumentierten in dramatischem Duktus, es ginge bei dieser Abstimmung um Deutschlands Zukunft. Diese Aussage wurde jedoch kaum konkretisiert. So betonte Wolfgang Schäuble in seiner Rede vor dem Bundestag, es ginge bei der Hauptstadtfrage nicht zuerst um die Wirtschaft oder um Arbeitsplätze, sondern eben "um die Zukunft Deutschlands". Ähnlich sah der Berliner FDP-Abgeordnete Wolfgang Lüder Deutschland vor einer Abstimmung, in der regionale Interessen hinter eine Entscheidung von historisch-nationaler Tragweite zurückzutreten hätten. Der CSU-Mann Oscar Schneider erwartete vom Plenum, über die Tagespolitik hinauszublicken. Bundespräsident Richard von Weizsäcker verfasste schon im Frühjahr 1991 ein "Memorandum zur Hauptstadt". Weizsäcker hob die Frage darin auf die internationale Ebene: Berlin fungiere als europäische "Drehscheibe", womit er implizierte, die Entscheidung der Parlamentarier besitze nicht einfach eine nationale Bedeutung, sondern erfordere Verantwortung im europäischen Kontext.[18] Der Bonner Regierungssitz wurde hingegen vielfach verunglimpft und mit Spott bedacht, weil er als provinziell und einer großen Nation unwürdig erschien. So forderte Willy Brandt vor dem Bundestag, man brauche keine Hauptstadt für Cocktailempfänge. Und der CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski verglich in der "Zeit" das Vorgehen der "Bonner Lobby [...]" als würde es um die Bewerbung zur Bundesgartenschau gehen"[19] .

Außerhalb des Bundestages wurde von Berlin-Befürwortern eine zum Teil noch deutlichere Ansprache gewählt. So machte der "taz"-Journalist Klaus Hartung deutlich, dass ein Ja zu Berlin auch das Symbol eines Aufbruchs im Westen sei.[20] "Spiegel"-Gründer Rudolf Augstein kritisierte mit Blick auf die Bonn-Befürworter, Deutschland mache sich zum "Gespött der Welt", um dann unmittelbar nach der Abstimmung zufrieden festzustellen, dass Deutschland nun ein "normaler Staat" sei. "Wir verachten unsere Flagge nicht, aber wir hissen sie nur bei Bedarf".[21] Und der damalige Berliner Regierende Bürgermeister Walter Momper sagte bereits im November 1990 zur "Zeit": "Wir brauchen für ein großes europäisches Volk [...] einen angemessenen Mittelpunkt"[22]. Nach der Deutschen Einheit, das wird hierdurch deutlich, sahen viele Kräfte die Möglichkeit zur Revision der, aus ihrer Sicht, trägen Strukturen, für die die Bonner Republik zu stehen scheint. Deutlich wird dies besonders an einer Diskussion, die nicht unmittelbar mit der Hauptstadtdebatte zusammenhängt, die aber für das Verständnis einer neuen politischen Agenda in einer Berliner Republik steht: Das zeitliche Zusammenfallen der Wiedervereinigung und der Hauptstadtdebatte mit dem Zweiten Golfkrieg ließ auch außenpolitische Kräfte zunehmend an den Grundfesten der Bonner Leitlinien zur Außen- und Verteidigungspolitik rütteln. Bonn sei, so der CDU-Verteidigungs-Experte Hans-Joachim Veen, ein Symbol begrenzter Souveränität. Der Historiker Michael Stürmer kritisierte das deutsche Syndrom zwanghafter Konfliktvermeidung.[23]

Die ostdeutsche Perspektive auf die Bundeshauptstadt Berlin war eine weitaus bescheidenere. In diesem Diskurs ging es zwar auch um einen grundlegenden Wandel der alten Bundesrepublik, aber nur insofern, als die Ostdeutschen ein gleichwertiges Zusammengehen beider Staaten erwarteten. Die Bonner Republik sollte lediglich aus gesamtdeutscher Perspektive in einigen Fragen neu justiert werden. In den Worten des Historikers Heinrich August Winkler ging es beim Regierungsumzug letztlich um die Frage, ob "aus dem Anschluss der DDR doch eine echte Vereinigung" werden würde.[24] Wolfgang Thierse sprach in seiner Bundestagsrede von Berlin als einem wichtigen Schritt zur "menschlichen Einheit". Und Lothar de Maizière betonte, Berlin wäre ein großer Schritt des Entgegenkommens gegenüber den Ostdeutschen, die sich ja zunächst dem Grundgesetz unterworfen hätten. Dabei zollten viele der Bonner Republik ausdrücklichen Respekt wie Konrad Weiß von Bündnis 90 oder Rainer Eppelmann, der von Bonn als einem "Symbol" der Bundesrepublik sprach. Es darf

dabei nicht übersehen werden, dass auch PDS-Abgeordnete in die gleiche Richtung argumentierten. So sprach Dagmar Enkelmann davon, dass Bonn nicht typisch für die neue Bundesrepublik sei, und der ehemalige DDR-Kulturminister Dietmar Keller betonte die Symbolkraft, die von einer Hauptstadt Berlin sowie einer neuen Verfassung ausgehen würde. Immer wieder hielten Politiker aus den neuen Bundesländern das Argument hoch, die Hauptstadt müsse dort ihren Platz finden, wo die zentralen Probleme der Einheit zu finden sind, und dies seien nun einmal Berlin und der die Hauptstadt umgebende Osten, so beispielsweise Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Alfred Gomolka.[25] Zudem gab es auch eine Minderheit ostdeutscher Abgeordneter, die bewusst gegen Berlin votierten, weil sie in Erinnerung an die SED-Herrschaft den drohenden Zentralismus, der von einer Hauptstadt Berlin ausginge, ablehnten, wie der CDU-Mann Clemens Schwalbe oder Klaus-Dieter Feige vom Bündnis 90.

Der mit knapper Mehrheit erreichte Hauptstadttumzug sollte schließlich der einzige echte Sieg der Ostdeutschen im Rahmen des Vereinigungsprozesses bleiben. Eine neue Verfassung erhielten die Deutschen nicht. Nach dem Umzugsbeschluss schienen ostdeutsche Befindlichkeiten zumindest in begrenztem Maße beruhigt. So bestritt der Berliner Schriftsteller Friedrich Dieckmann, dass Berlin einen Zentralisierungsschub auslöse, er erhoffe sich nun aber eine "Entprovinzialisierung des deutschen politischen Bewußtseins".[26] Auch im benachbarten Frankreich, so der französische Intellektuelle Alfred Grosser, würde man das neue Deutschland begrüßen, das an die positive Tradition der westdeutschen Bundesrepublik anknüpfe, mit der Hauptstadt Berlin aber eine Öffnung nach Osten vollzogen habe.[27] In den nachfolgenden Jahren sollte jedoch klar werden, dass sich in Deutschland ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel vollzog, was die politische Agenda anbelangte. Der Sieg Berlins im Hauptstadttreit schien zum Freifahrtschein für ungehemmtes Werken der politischen Eliten des modernistischen Flügels zu werden. Die Hauptstadttentscheidung veränderte Deutschland im Stillen, aber nicht minder dramatisch.

entstand eine neue Republik? Abschied von Bonn, angekommen in Berlin –

Während die Bonner Fraktion also eine Position der Stabilisierung der alten Bundesrepublik vertrat und Bonn als symbolischen Ort dafür wahren wollte, zielten – nicht alle, aber doch einige – Kräfte, die sich für Berlin einsetzten auf eine Neujustierung der Republik. Joannah Caborn macht diesen Wandel an der Symbolik der beiden Städte diskurstheoretisch fest: Im Verlauf der 1990er-Jahre durchlebte das Berlin-Image eine positive Wendung, die nicht zuletzt das anfänglich skizzierte Abrücken zahlreicher einstiger Bonn-Befürworter in späteren Jahren erklären kann. Berlin wurde zum Symbol einer dynamischen, modernen Metropole. Es signalisierte Aufbruch, Fortschritt und Bewegung, während Bonn eher Behäbigkeit, wenn nicht gar Stillstand symbolisierte.[28] Damit war auch der mentale und kulturelle Boden für die neoliberale Aufbruch- und Börsen-Boom-Stimmung der 1990er-Jahre, aber auch für die Diskurse um den unbeschwerten Umgang mit einem neuen Patriotismus in den 2000er-Jahren gelegt. Berlin ermöglichte zumindest die symbolische Verknüpfung einer neuen Republik mit der zum Teil radikalen Reformpolitik der rot-grünen Bundesregierung auf dem Feld der Sozialpolitik und der Revision in der deutschen Außen- und Verteidigungspolitik, die nun selbst auch in kriegerische Handlungen eingriff und einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat anstrebte.[29] Es dürfte nicht ganz zufällig sein, dass ausgerechnet der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein Finanzminister Hans Eichel die beiden einzigen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten waren, die aus der Einheitsfront der Bonn-Befürworter ausbrachen.

Gesellschaftlich ist Berlin mittlerweile die in der gesamten Republik akzeptierte Kapitale geworden. Noch im Dezember 1990 zeigte sich eine tiefe Spaltung zwischen Ost und West. Waren seinerzeit nur rund 31 Prozent der Westdeutschen für Berlin – jeder zweite wollte Bonn als Regierungssitz behalten – so forderten 65 Prozent der Ostdeutschen den Umzug nach Berlin, nur 16 Prozent votierten für den Verbleib in Bonn.[30] Nachdem die Vereinigungskrise den Umzugsbeschluss Ende der 1990er-Jahren zunächst noch in Misskredit brachte, sah im Jahr 2007 die große Mehrheit der Westdeutschen (65 Prozent) und der Ostdeutschen (82 Prozent) ihn als richtig an.[31]

Aber ist es tatsächlich so, wie es Kurt Sontheimer anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Hauptstadtentscheidung verlauten ließ, nämlich, dass Berlin keine neue Republik geschaffen habe? Die Kontinuität der verfassungsmäßigen Grundlagen, so Sontheimer, verbürge auch die Kontinuität der Bundesrepublik. Das Label der Berliner Republik sei in einer Verwendung, die einen grundsätzlichen Wandel behauptet, irreführend.[32] Die Deutschen scheinen Sontheimer zu folgen: Nur die wenigsten sehen, auf die explizite Frage hin einen "großen Bruch" hin zu einer neuen Republik. Doch der Anteil derer, die dies bejaht, verdoppelte sich zwischen 1998 und 2009 immerhin von zehn auf 20 Prozent. Und zumindest ein Viertel der Westdeutschen scheint einen solchen Wandel zu bemerken.[33] Die stille Revolution im Wertehaushalt der Berliner Republik tritt durch die Antworten auf eine andere Frage der Demoskopien vielleicht noch etwas stärker zum Vorschein. Danach befragt, welche Begriffe sie mit der Berliner Republik verbinden, antwortete etwa jeder Zweite "Ansehen" und/oder "Größe", was einen Anstieg von mehr als zehn Prozent im Vergleich zu 1998 bedeutet. Ein einziger Begriff sank in der Bewertung durch die Befragten überaus deutlich ab (von 26 auf 19 Prozent) und rangiert nur noch auf dem vorletzten Rang der Tabelle – die "soziale Marktwirtschaft".[34]

Fußnoten

1. Severin Weiland/Veit Medick, Wie die Bonn-Fans bekehrt wurden, in: Spiegel Online, 1.10.2010, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,714804,00.html>; Rainer Haubrich, Hauptstadtdebatte: Berlin – so deutsch wie Bier, Bach und Özil, in: Welt Online, 30.12.2010, <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article11900829/Berlin-So-deutsch-wie-Bier-Bach-und-Oezil.html> [26.5.2011].
2. Vgl. Alfred Grosser, Schwierigkeiten mit dem Zentrum. Der aktuelle Streit zwischen Bonn und Berlin, in: Uwe Schultz (Hg.), Die Hauptstädte der Deutschen. Von der Kaiserpfalz in Aachen zum Regierungssitz Berlin, München 1993, S. 229f.
3. Vgl. exempl. Willy Brandt, Von Bonn nach Berlin. Eine Dokumentation zur Hauptstadtfrage, Berlin 1957.
4. Vgl. Peter Glotz, Das Provisorium wird souverän. Der stille Aufstieg Bonns, in: Uwe Schultz (Hg.), Die Hauptstädte der Deutschen. Von der Kaiserpfalz in Aachen zum Regierungssitz Berlin, München 1993, S. 224.
5. Vgl. Klaus Dreher, Treibhaus Bonn, Schaubühne Berlin. Deutsche Befindlichkeiten, Stuttgart 1999, S. 189ff.
6. Vgl. Axel Schildt/Detlef Siegfried, Deutsche Kulturgeschichte, München 2009, S. 425ff.
7. Vgl. Alexander Gallus, Zäsuren in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln/Weimar 2008, S. 54.
8. Vgl. Ilko Sascha Kowalczuk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 123.
9. Siehe http://www.hdg.de/lemo/objekte/pict/DieDeutscheEinheit_schildWirSindEinVolk/index.html [26.5.2011].
10. Klaus Dreher, Treibhaus Bonn, Schaubühne Berlin. Deutsche Befindlichkeiten, Stuttgart 1999, dokumentiert die Verhandlungen auf S. 197ff.
11. Ähnlich analysiert Joanna Caborn, Schleichende Wende. Diskurse von Nation und Erinnerung bei der Konstituierung der Berliner Republik, Münster 2006, S. 66, die Position nationaler Einheit gegenüber dem Kostenargument.
12. Udo Wengst, Bonn oder Berlin? Abstimmungsverhalten am 20. Juni 1991, in: Zs. f. Parlamentsfragen (ZfParl), 3/1991, S. 343.
13. Alle Reden im Rahmen der Bundestagsdebatte unter <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?filetoLoad=757&id=1082> [26.5.2011].
14. Vgl. dazu: Thomas Kaufner, Kontrovers dokumentiert. Bonn oder Berlin? Bonn und Berlin!, in: Gegenwartskunde, 3/1991, S. 346.
15. Meinhard Miegel, Megastadt Berlin. Folgen einer Entscheidung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1991, S. 908ff.
16. Zur Position Jäckels vgl. Thomas Kaufner, Kontrovers dokumentiert. Bonn oder Berlin? Bonn und Berlin!, in: Gegenwartskunde, 3/1991, S. 346.; Fritz Fischer, Rückkehr nach Preußen?, in: Die

Zeit, 29.3.1991.

17. Siehe <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?filetoLoad=764&id=1082> [26.5.2011].
18. Vgl. Richard von Weizsäcker, "Berlin als Drehscheibe", in: Der Spiegel, 11/1991.
19. Peter Radunski, Wie gemütlich war's am Rhein, in: Die Zeit, 29.3.1991.
20. Vgl. Thomas Kaufner, Kontrovers dokumentiert. Bonn oder Berlin? Bonn und Berlin!, in: Gegenwartskunde, 3/1991, S. 351.
21. Vgl. Rudolf Augstein, Berlin? Berlin, in: Der Spiegel, 25/1991; Ders., Berlin? Berlin!, in: Der Spiegel, 26/1991.
22. Zit.: Thomas Kaufner, Kontrovers dokumentiert. Bonn oder Berlin? Bonn und Berlin!, in: Gegenwartskunde, 3/1991, S. 350.
23. Vgl. Werner A. Perger, Klage über die Machtvergessenheit, in: Die Zeit, 7.6.1991.
24. Heinrich August Winkler, Alle lieben Berlin ... und wollen doch nicht von Bonn lassen, in: Die Zeit, 26.4.1991.
25. Vgl. Thomas Kaufner, Kontrovers dokumentiert. Bonn oder Berlin? Bonn und Berlin!, in: Gegenwartskunde, 3/1991, S. 350.
26. Friedrich Dieckmann, Fünfhundert Kilometer Ostnordost. Was bedeutet die Verlagerung der deutschen Hauptstadt?, in: Merkur 51 (1997) 577, S. 310.
27. Vgl. Alfred Grosser, Schwierigkeiten mit dem Zentrum. Der aktuelle Streit zwischen Bonn und Berlin, in: Uwe Schultz (Hg.), Die Hauptstädte der Deutschen. Von der Kaiserpfalz in Aachen zum Regierungssitz Berlin, München 1993, S. 237.
28. Vgl. Joannah Caborn, Schleichende Wende. Diskurse von Nation und Erinnerung bei der Konstituierung der Berliner Republik, Münster 2006, S. 102ff.
29. Vgl. Joannah Caborn, Schleichende Wende. Diskurse von Nation und Erinnerung bei der Konstituierung der Berliner Republik, Münster 2006, S. 212ff.
30. Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, Bd. 9, München 1993, S. 674.
31. Vgl. Renate Köcher (Hg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003–2009, München 2009, Bd. 12, S. 674.
32. Vgl. Kurt Sontheimer, Berlin schafft keine neue Republik – und sie bewegt sich doch, in: APuZ, 1–2/2001.
33. Vgl. Renate Köcher (Hg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003–2009, München 2009, Bd. 12, S. 42.
34. Vgl. Renate Köcher (Hg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003–2009, München 2009, Bd. 12, S. 42.

"Wort halten": faire Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin

Meinungsbeitrag von Bernd Leyendecker

Von Bernd Leyendecker

24.5.2011

Bernd Leyendecker, geb. 1947, war Redakteur bei der Kölnischen/Bonner Rundschau und beim Bonner Express. Im April 1980 wechselte er zum Bonner General-Anzeiger und ist seit April 2010 im Ruhestand.

In den vergangenen 20 Jahren hat sich Bonn auf den Bund verlassen können, meint Bernd Leyendecker. Dennoch: Laut Teilungsbericht für 2010 sind mittlerweile 54,3 Prozent der Beamten und Angestellten in Berlin - das sei ein klarer Verstoß gegen das Berlin/Bonn-Gesetz.

Schon interessant. Denn eine ostdeutsche Zeitung war es, die wenige Tage vor dem denkwürdigen 20. Juni 1991 schrieb: "Bonn steht für ein modernes, europäisches Deutschland. Um die Millionen-Metropole Berlin muss man auch ohne Regierung und Parlament nicht bange sein", hieß es in der Thüringer Allgemeinen. Die Bonner, von Natur aus optimistisch ("Et hätt noch immer joot jejange"), wussten es längst. Zumal sie sich auf zahlreiche Umfragen stützen konnten, die in den Monaten zuvor durchgeführt wurden und die stets zu dem Ergebnis kamen: Bonn soll Sitz von Parlament und Regierung bleiben.

Und dann kam der 20. Juni 1991. Um 10 Uhr rief Parlamentspräsidentin Rita Süßmuth den Tagesordnungspunkt 15 auf – den einzigen an jenem Tag –: "Beratung der Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz". Fünf Anträge standen zur Abstimmung:

- Konsens-Antrag, begründet vom Vizechef der Unionsfraktion, Heiner Geißler: Er sah vor, die Regierung in Bonn zu lassen und mit dem Parlament nach Berlin umzuziehen.
- Gegenantrag: Parlament und Regierung auf keinen Fall trennen. Er wurde von einer Gruppe um die SPD-Abgeordneten Otto Schily und Peter Conradi eingebracht
- Pro-Bonn-Antrag (er trug die meisten Unterschriften): Parlament und Bundesregierung sollen in Bonn bleiben.
- Pro-Berlin-Antrag mit dem pathetischen Titel: "Vollendung der deutschen Einheit". Ihn hatte die Politik-Prominenz unterzeichnet - von Willy Brandt (SPD) bis Wolfgang Schäuble (CDU).
- Antrag "Sofort-Umzug von Parlament und Regierung" der PDS: Er wurde am Ende der Aussprache zurückgezogen.

Nach der Sitzung ist oft von einer "Sternstunde des Parlaments" gesprochen und geschrieben worden. Mag zutreffen. Denn während man in "normalen" Parlamentssitzungen oft von vornherein weiß, wer für oder gegen etwas plädiert, wandelte sich an jenem 20. Juni von Rede zu Rede das Meinungsklima. Einmal schien sich eine Mehrheit für den "Bonn-Antrag" abzuzeichnen, ein andermal wähten sich

die Berliner vorne. 107 Volksvertreter waren ans Rednerpult getreten; quer durch die Fraktionen gingen die Statements der Pro-Berlin/Pro-Bonn-Kämpfer.

Eine mit großem Pathos vorgetragene Rede – die von Wolfgang Schäuble – blieb letztlich im Gedächtnis, zumal sie wohl zum Stimmungswandel pro Berlin beitrug. Schäubles Kernaussage: "Für mich ist es – bei allem Respekt – nicht ein Wettkampf zwischen zwei Städten, zwischen Bonn und Berlin. Es geht auch nicht um Arbeitsplätze, Umzugs- oder Reisekosten, um Regionalpolitik oder Strukturpolitik. Das alles ist zwar wichtig, aber in Wahrheit geht es um die Zukunft Deutschlands. Das ist die entscheidende Frage... Es geht um unser aller Zukunft, um unsere Zukunft in unserem vereinten Deutschland, das seine innere Einheit erst noch finden muss, und um unsere Zukunft in einem Europa, das seine Einheit verwirklichen muss, wenn es seiner Verantwortung für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit gerecht werden will. Deswegen bitte ich Sie herzlich: Stimmen Sie für Berlin."

Um 21.47 Uhr gab die Bundestagspräsidentin das Ergebnis bekannt: 337 Stimmen [Amtliches Endergebnis: 338 Stimmen; Anm. d. Red.] für den Berlin-Antrag, 320 für den Bonn-Antrag.

Tags zuvor hatten die Pro-Berlin-Protagonisten noch bis tief in die Nacht hinein an ihrem Antrag gefeilt, wobei sie vor allem die unentschlossenen Kolleginnen und Kollegen im Auge hatten; ihnen wollten sie einen "Abschied von Bonn" erleichtern, indem sie der Noch-Bundeshauptstadt einige Trostpflästerchen andienten, ohne an ihrer Forderung "Parlament und Regierung nach Berlin" zu rütteln. Trostpflästerchen? Letztlich war es mehr, viel mehr. Es war quasi die Basis für den weitgehend gelungenen Strukturwandel der ehemaligen Bundeshauptstadt, der zwar das "Haupt" genommen (sie darf sich seitdem Bundesstadt nennen), die ihrer Tatkraft und Kreativität aber nicht beraubt wurde.

Denn die Zugeständnisse an Bonn, also jener Stadt, deren Namen "als Überschrift über einem großen Kapitel deutscher Geschichte bestehen bleiben wird" (Richard von Weizsäcker), waren die Grundlagen für das drei Jahre später verabschiedete Berlin/Bonn-Gesetz. So heißt es unter Punkt 4.: "Zwischen Berlin und Bonn soll eine faire Arbeitsteilung vereinbart werden, so dass Bonn auch nach dem Umzug des Parlaments nach Berlin Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland bleibt, indem insbesondere die Bereiche in den Ministerien und die Teile der Regierung, die primär verwaltenden Charakter haben, ihren Sitz in Bonn behalten; dadurch bleibt der größte Teil der Arbeitsplätze erhalten. Darüber hinaus werden für die Region Bonn ... Vorschläge erarbeitet, die als Ausgleich für den Verlust des Parlamentssitzes und Regierungsfunktionen die Übernahme und Ansiedlung neuer Funktionen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung im politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich zum Ziel haben." Und Punkt 5 enthält die Zusage, dass "der Hauptstadtvertrag zwischen der Bundesregierung und der Stadt Bonn zu einem Bonn-Vertrag fortentwickelt werden soll zum Ausgleich der finanziellen Sonderbelastung Bonns und der Region durch die Funktionsänderungen." Diese Sätze haben in Bonn nach wie vor einen Stellenwert, als wären sie in Stein gemeißelt. "Wort halten" heißt es denn auch bis heute, wenn mal wieder einige Hinterbänkler im Reichstagsgebäude die Forderung "Alles-nach-Berlin!" erheben. Ihnen sei die stetige Lektüre des Berlin-Antrages empfohlen.

Zurück zum 20. Juni 1991. "Die umgekehrte Mehrheit – 337 für Bonn, 320 für Berlin – wäre besser für alle Deutschen, vor allem die Landsleute in den neuen Bundesländern und die Berliner selbst gewesen", schrieb der damalige Chefredakteur des Bonner General-Anzeigers, Helmut Herles, tags darauf in seinem Kommentar. Er hat(te) Recht: Braucht ein föderaler Staat wie die Bundesrepublik Deutschland überhaupt eine Mega-Hauptstadt? In Artikel 2 (1) des Einigungsvertrages war Berlin als "Hauptstadt Deutschlands" ohnehin bereits unumstößlich festgeschrieben worden. Natürlich mit dem Bundespräsidenten im Schloss Bellevue, mit allen repräsentativen Aufgaben, die dieser Staat wahrzunehmen hat. Aber müssen auch Parlament und Regierung dort ihrer Arbeit nachgehen? Gefestigte und traditionelle Demokratien wie die Niederlande, die Schweiz oder Australien zeigen, dass die Aufteilung von Hauptstadt und Parlaments- und Regierungssitz gut funktioniert und nicht in Frage gestellt wird.

Auch Deutschland hätte politisch ausgezeichnet mit zwei Schwerpunkten – der Ellipse Berlin/Bonn –

leben können: das wäre die Vollendung der Einheit gewesen. Zumal sich das Pro-Berlin-Argument, wonach die Volksvertreter von Berlin aus "näher dran wären an den Problemen im Osten", als ebenso falsch erwiesen hat wie die Vermutung, die wirtschaftliche und politische Entwicklung Berlins und der neuen Bundesländer würde von der Präsenz des Parlaments und der Regierung an der Spree erheblichen Nutzen haben. Das zeigt sich auch jetzt, 20 Jahre danach. So ist denn auch Bundestagspräsident Norbert Lammert beizupflichten, der vor zwei Jahren in einem Interview des Bonner General-Anzeigers sagte: "Ich bin im zehnten Jahr nach dem Umzug verblüfft, wie marginal die Änderungen sind; das parlamentarische Leben in Berlin spielt sich gewissermaßen nach Bonner Muster ab." Und geht man nochmals an den Beginn der neunziger Jahre zurück, findet man eine zutreffende Aussage des leidenschaftlichen Berlin-Befürworters und Bonner Ehrenbürgers Richard von Weizsäcker: ein Beschluss gegen Bonn träfe die Menschen in der Region am Rhein tiefer als der Verzicht auf ein Super-Berlin die Landsleute an der Spree.

Übrigens hat sich ein weiteres Argument der "Berlin-Fraktion" als Trugschluss erwiesen – damals wie heute. "Die Komplett-Präsenz der Regierung an der Spree ist preiswerter als die Aufteilung auf die beiden Städte", hieß und heißt es. Die neuesten Zahl der Bundesregierung belegen eindeutig, dass es sich hierbei um einen Trugschluss handelt: Der 1999 vollzogene Umzug hat mit all seinen Facetten rund zehn Milliarden Euro gekostet. Nach vorsichtigen Schätzungen müsste der aufs Sparen fixierte Finanzminister Wolfgang Schäuble, der am 20. Juni 1991 sagte, "es geht nicht um Umzugs- oder Reisekosten", für die Verlagerung der Bonn-Ministerien an die Spree etwa fünf Milliarden Euro einplanen. Die Ausgaben aufgrund der Aufgabenteilung der Regierungsfunktionen belaufen sich laut Regierung für 2011 voraussichtlich auf 9,16 Millionen Euro – 1,44 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Mit den 9,16 Millionen könnte die Bundesregierung nicht einmal ansatzweise die Zinsen zahlen, die ein kreditfinanzierter Totalumzug verursachen würde, wie sich sehr schnell ermitteln lässt.

Nun: Trotz aller tiefer Enttäuschung wären die Bonner die letzten, die Beschlüsse des Deutschen Bundestages nicht respektierten. Zwar gab es eine Zeitlang Stimmen, die eine Revision forderten, doch die verstummten relativ bald. "Das ist der Todesstoß für Bonn". Oder: "In Bonn gehen die Lichter aus": So lauteten einige der (eher hämischen) Überschriften in den überregionalen Gazetten nach dem 20. Juni 1991. Die Autoren irrten. Die Rheinländer, per se mit dem lebensbejahenden Gen "Ett hätt och schlimmer kumme könne" ("Es hätte auch schlimmer kommen können") ausgestattet, krepelten die Ärmel hoch und entwickelten innerhalb von wenigen Tagen ein "Bonner Zukunftsmodell".

Danach solle der Schwerpunkt des Strukturwandels – dieses Wort wurde in den kommenden Jahren geradezu zum Mantra der Neuausrichtung der einstigen Bundeshauptstadt – auf den Gebieten Wissenschaft/Bildung/Kultur, Gesundheit, Umwelt und Internationales liegen. Dass die Stadtoberen mit diesen Akzenten genau richtig lagen, lässt sich am ehesten am Berlin/Bonn-Gesetz ablesen, das knapp drei Jahre nach dem 1991er-Beschluss, am 26. April 1994, verabschiedet wurde. Darin heißt es in Paragraph 1: "Zweck des Gesetzes ist es, ... die Wahrnehmung von Regierungstätigkeiten in der Bundeshauptstadt Berlin und in der Bundesstadt Bonn zu sichern und einen Ausgleich für die Region Bonn zu gewährleisten." Und weiter: "Sicherstellung einer dauerhaften und fairen Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn. Erhalt und Förderung politischer Funktionen in der Bundesstadt Bonn in folgenden Politikbereichen:

- Bildung und Wissenschaft, Kultur, Forschung und Technologie, Telekommunikation
- Umwelt und Gesundheit
- Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen

- Verteidigung".

Unter den Absätzen 5 und 6 ist zu lesen:

"Unterstützung der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn bei der ihnen vom Bund zur Wahrnehmung der gesamtstaatlichen Repräsentationen vereinbarungsgemäß übertragenen besonderen Aufgaben.

Angemessener Ausgleich für die Region Bonn für die Verlagerung der Verfassungsorgane Deutscher Bundestag und Bundesregierung nach Berlin."

Damit wurden fast wortgleich jene Zusagen in das Gesetz übernommen, die der Bundestag am 20. Juni 1991 mit 18 Stimmen Mehrheit beschlossen hat.

Und Parlament und Regierung haben (bisher weitgehend) Wort gehalten:

- Die "faire Arbeitsteilung" findet im Grundsatz statt. Auch wenn immer wieder von "Pro-Berlinern" versucht wird, diese in Frage zu stellen oder gar außer Kraft setzen zu wollen.
- Der "Erhalt" und die "Förderung" der genannten Politikbereiche wird im Großen und Ganzen eingehalten – was sich auch in der Umsetzung von Paragraph 4 (1.) des Gesetzes ("Bundesministerien befinden sich in der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn") manifestiert: die Ministerien für Verteidigung, Bildung/Forschung, Verbraucherschutz/Landwirtschaft, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gesundheit und Umweltschutz haben nach wie vor ihre ersten Dienstsitze am Rhein; die übrigen Ressorts sind hier mit zweiten Dienstsitzen vertreten.
- Die in Paragraph 6 (1) des Gesetzes gegebene Zusage, wonach die Folgen des 1991er-Beschlusses für die Region Bonn auch "durch die Übernahme und Ansiedlung neuer Funktionen und Institutionen ... ausgeglichen" werden, wurde umgesetzt: 22 Bundesbehörden aus Berlin und dem Rhein-Main-Gebiet – vom Bundesrechnungshof über das Bundeskartellamt bis zum Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) – verlegten bis Anfang des neuen Jahrtausends ihre Sitze nach Bonn. Was sich der Bund auch einiges hat kosten lassen. So investierte er in den vergangenen 20 Jahren rund eine Milliarde Euro in seine Bonner Immobilien, darunter Neubauten für das Gesundheitsministerium und das BfArM sowie den Um- und Ausbau des ehemaligen Bundeshauses samt angrenzendem Langen Eugen zum stetig wachsenden UN-Campus.

Dass in Bonn nach dem 20. Juni 1991 die Lichter weiterhin strahlten, verdankt die Region nicht nur den ihr im Gesetz gegebenen Zusagen, sondern auch einem Vertrag, den am 29. Juni desselben Jahres das komplette Bundeskabinett, die Spitzen der Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Bonn und des angrenzenden Rhein-Sieg-Kreises unterschrieben haben. In diesem für die Region geradezu existenzsichernden Kontrakt sicherte der Bund seiner ehemaligen Hauptstadt und ihrer Nachbarkreise 2,8 Milliarden Mark (rund 1,45 Milliarden Euro) zu – in erster Linie für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Parallel zu dem mit diesem Geld in Gang gesetzten Strukturwandel musste der Bund den "Umzug nach Berlin" auf den Weg bringen – "eine Jahrhundertaufgabe", wie Klaus Töpfer, seinerzeit Bundesbauminister und zugleich Beauftragter der Bundesregierung für den Berlin-Umzug und den Bonn-Ausgleich, bemerkte. Dabei wurde die im Berlin-Antrag und im Berlin/Bonn-Gesetz gegebene Zusage, wonach "der größte Teil der Arbeitsplätze in Bonn erhalten bleibt", weitgehend eingehalten. Einige Zahlen: Rund 12.000 Arbeitsplätze mussten von Bonn nach Berlin verlagert werden; etwa 6.800 Arbeitsplätze aus Berlin und dem Rhein-Main-Gebiet kamen nach Bonn. Summa summarum ging es somit um knapp 19.000 Arbeitsplätze. Tatsächlich die Koffer packen mussten aber lediglich gut 10.000 Bundesbedienstete; die übrigen fanden durch ein geschicktes Personaltausch-Management in

Bundesbehörden ihrer Heimatstädte Bonn oder Berlin einen neuen Job beim Bund. Unterm Strich waren nach dem Umzug, Ende 1999, rund 10.000 Beamte und Angestellte in den Ministerien am Rhein beschäftigt, an der Spree etwa 9.400.

Inzwischen hat sich das "Kräfteverhältnis" geändert: Laut aktuellem "Teilungsbericht 2010" der Bundesregierung waren im Vorjahr 9.878 Stellen in der Bundeshauptstadt angesiedelt (54,3 Prozent), 8.328 Stellen (45,7 Prozent) in der Bundesstadt. Damit wurde gegen das Berlin/Bonn-Gesetz verstoßen, wie denn auch die Bundestagsabgeordneten aus der Region Bonn unisono kritisierten. Gleichwohl fiel der Protest relativ moderat aus – was durchaus klug war und auch ist. Zwar gilt es natürlich, einem schleichenden Prozess in Richtung "Alles nach Berlin" entgegenzuwirken; da sind Vorsicht und Achtsamkeit geboten, ja zwingend notwendig. In erster Linie geht es aber um den Geist des Gesetzes: faire Arbeitsteilung zwischen Bundeshauptstadt und Bundesstadt; weiterer Ausbau der wichtigen Politikbereiche Bildung/Forschung, Umwelt/Gesundheit sowie Internationales mit Unterstützung der Regierung; sichere Arbeitsplätze des Bundes in Bonn. An der Frage, ob Bundesministerien am Rhein verbleiben müssen/sollen oder ob das "Modell Zypries" (die ehemalige Justizministerin hatte Teile ihres Hauses in Bonn zu einem Bundesjustizamt zusammengefasst) eine zukunftsweisende Lösung für Bonn sein könnte, scheiden sich derweil die Geister: Einerseits wird argumentiert, dass Organisationen wie die Vereinten Nationen, die inzwischen mit rund 800 Mitarbeitern am Rhein tätig sind und somit Bonn zur einzigen deutschen UN-Stadt gemacht haben, sich ebenso auf den Sitz von Ministerien in Bonn verlassen haben wie die mehr als 200 Institutionen aus den Bereichen Bildung und Entwicklungspolitik. Andererseits gibt es Stimmen, die im "Modell Zypries" eine sicherere Basis sehen für eine langfristige Präsenz des Bundes in Bonn.

In den vergangenen 20 Jahren konnte sich Bonn auf den Bund verlassen. So heißt es auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP vom 26. Oktober 2009: "Wir bekennen uns zum Bonn-Berlin-Gesetz, insbesondere zu den kulturellen Verpflichtungen des Bundes." So will der Bund 39 Millionen Euro zum Betrieb des geplanten Festspielhauses Beethoven beisteuern. Rechtzeitig zum 250. Geburtstag von Bonns größtem Sohn (2020), Ludwig van Beethoven, wollen die drei Bonner Konzerne Post, Telekom und Postbank der Stadt ein derartiges architektonisches Schmuckstück schenken, das internationale Vergleiche nicht zu scheuen bräuchte. Doch Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch (SPD) hat, vorerst jedenfalls, dankend abgelehnt. Er will zunächst den größten Bauskandal in der Geschichte Bonns vom Tisch haben – das World Conference Center Bonn (WCCB), das auch mit finanzieller Unterstützung des Bundes gegenüber dem Plenarsaal gebaut wird. Doch seit fast zwei Jahren steht das Kongresszentrum lediglich als Torso am Rhein: Die Stadt ist auf kriminelle Investoren hereingefallen; es steht zu befürchten, dass sie einen dreistelligen Millionenbetrag zahlen muss, um dem Bau fertig stellen zu können. Wie ein Damoklesschwert hängt dieses Projekt über Bonn. Bonn lahmt. Ausgerechnet jetzt, da der Strukturwandel erfolgreich abgeschlossen zu sein schien. Ende gut, alles gut? Noch nicht ganz.

Indes: wer den 20. Juni 1991 ff. gemeistert hat, sollte auch den WCCB-Skandal – wenn auch mit argen Blessuren – aus dem Weg räumen können. Denn die Stadt kann es sich nicht leisten, in Lethargie zu verfallen. Zumal sie seit der Umzugsentscheidung eine bemerkenswerte Entwicklung vollzogen hat. Sie hat sich ein neues, eigenständiges Profil erarbeitet als Hauptsitz von Weltunternehmen in den Zukunftsbranchen Telekommunikation und Logistik (Post, Telekom), als Zentrum einer bedeutenden Wirtschaftsregion und als UN-Stadt. Die Einwohnerzahl der Stadt ist seit 1991 um rund fünf Prozent auf derzeit gut 318.000 gestiegen, sie hat sehr viel mehr Arbeitsplätze, eine moderne Wirtschaftsstruktur, eine der geringsten Arbeitslosenzahlen in NRW und nach wie vor eine weit überdurchschnittliche Kaufkraft. Als "Stadt der kurzen Wege" verbindet Bonn die Annehmlichkeiten einer mittleren Großstadt mit denen größerer Metropolen, beispielsweise im kulturellen Bereich, wobei der hohe Wohn- und Freizeitwert ein wesentlicher Standortvorteil ist. In zahlreichen Städterankings belegt Bonn stets einen der vorderen Plätze. So hat das Schweizer Forschungsinstitut prognostiziert, dass die Stadt Bonn "hohe Zukunftsperspektiven" attestiert.

Damit Bonn weiterhin in der Champions League spielt, ist die Stadt auch – um im Bild zu bleiben –

auf den "Spieler Bund" als einen ihrer wichtigen und großen Arbeitgeber angewiesen. Denn die ehemalige Bundeshauptstadt steht auch weiterhin für ein "modernes, europäisches Deutschland".



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Berlin: produktiv unruhig, unverkrampft, eine manchmal chaotische Werkstatt der Einheit

Von Ulrich Zawatka-Gerlach

24.5.2011

Geb. 1955 in Recklinghausen, ist landespolitischer Redakteur des Tagesspiegel Berlin. Nach dem Studium an der Freien Universität (Publizistik, Volkswirtschaft und Soziologie) arbeitete er zunächst beim Spandauer Volksblatt und anschließend als Pressesprecher in der Senatsverwaltung für Kultur.

Es hat eine Weile gedauert, bis die Tugenden Berlins bei der Mehrheit der Bundesbürger Beachtung fanden, glaubt Ulrich Zawatka-Gerlach. Doch heute dürfte die Frage, ob Berlin die richtige Hauptstadt sei, wohl nur noch befremden auslösen.

Es war eine Debatte, die in die Geschichte des deutschen Parlamentarismus einging. Mit seltener Ernsthaftigkeit und Verantwortungskraft stritten die Abgeordneten jenseits parteipolitischer Zwänge und bis zur Erschöpfung fast zwölf Stunden über die Frage: Welchen Weg nimmt das neue, vereinigte Deutschland? Versteht es sich nur als eine geographisch erweiterte West-Republik oder wagt es den riskanten Aufbruch in den Osten – und in ein ungeteiltes Europa? Darum ging es an jenem 20. Juni 1991, als der Deutsche Bundestag am späten Abend mit knapper Mehrheit beschloss, dass Berlin nicht nur symbolisch Hauptstadt sein soll, sondern Parlaments- und Regierungssitz.

Wer heute, als eingesehener Berliner oder als Tourist aus Schwaben, an einem schönen Sommertag zwischen Kanzleramt und Reichstagsgebäude durch das Hauptstadtviertel radelt, braucht viel Fantasie, um sich in den dramatischen Streit vor zwei Jahrzehnten hineinzusetzen. Wenige Tage vor der alles entscheidenden Plenarsitzung hatte die SPD auf einem Parteitag in Bremen mit einer Stimme Mehrheit für Bonn gestimmt. Auch die Christdemokraten waren in sich zerrissen. Die PDS brachte den Vorschlag einer Volksabstimmung ins Spiel und es wurde sogar erwogen, die Hauptstadtentscheidung um vier Jahre zu verschieben. Dazu kam es glücklicherweise nicht. Vor der internationalen Gemeinschaft, vor den Partnern in Europa und den USA hätte sich die politische Klasse in Deutschland nicht besser blamieren können.

In Berlin, weit weg vom Rhein, herrschte damals eine Art Endzeitstimmung. Eine Woche vor der Bundestagsdebatte beschloss das Abgeordnetenhaus - hoffend und bangend - eine "Entschließung über den Sitz der Verfassungsorgane". Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen verwies auf den Einigungsvertrag, der Berlin als deutsche Hauptstadt bestätigt habe. Doch eine Hauptstadt ohne Funktion mache keinen Sinn. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums legte die PDS-Abgeordnete Gesine Löttsch den Finger in die Wunde: In den alten Bundesländern dächten viele, der Osten sei weit, fremd, mit Problemen beladen; "geht es nicht besser ohne ihn?" Unabhängig von der politischen Couleur fühlten sich die Berliner allein gelassen von der noch rheinischen Republik.

Ein Gefühl, dass nur zum kleinen Teil einem trotzigem Lokalpatriotismus entsprang. In West-Berlin war die Euphorie des Mauerfall angesichts der enormen Belastungen des Zusammenwachens einer wachsenden Rat- und Perspektivlosigkeit gewichen. Im Osten der Stadt war die Hauptstadt der DDR gerade abgewickelt worden. Was sollte aus Berlin werden, das nur über einen Bruchteil der finanziellen und wirtschaftlichen Ressourcen verfügte, die eigentlich benötigt wurden? Was noch schwerer wog:

Der Stadt war die Identität verloren gegangen – als Schaufenster und nationales Symbol des Westens und als politisches Zentrum und Attraktion des Ostens. Gemeinsam beladen mit einer deutschen Geschichte, die längst noch nicht aufgearbeitet war.

Wer diese Zeit aus Berliner Sicht miterlebt hat, ist nicht peinlich berührt über jene Szenen, die sich am 20. Juni 1991 um 21.47 Uhr im Rathaus Schöneberg abspielten. Als die Sektkorken knallten, sich hartgesottene Fraktionschefs mit Tränen in den Augen um den Hals fielen und die Freiheitsglocke läutete. Es war mehr als die Freude über einen unvermuteten Sieg. Es war eine ungeheure Erleichterung, die sich überschwänglich Luft machte. Es war das Gefühl, noch einmal davongekommen zu sein, überlebt zu haben, neuen Mut schöpfen zu können. Die Gefühle schwappten hoch, so war die Stimmung damals.

Es hätte anders kommen können. Der Respekt vor der mutigen Entscheidung, die der Bundestag vor zwei Jahrzehnten traf, beruht deshalb auch auf der intellektuellen Leistung, die die Abgeordneten vollbrachten. Man hörte sich zu, man bedachte die Argumente und entschied dann, nach der 104. Rede am späten Abend. "Ersparen wir Berlin den Weg in eine Megastadt!", rief der CDU-Bundesminister Norbert Blüm aus. Berlin als lediglich repräsentative Hauptstadt wäre eine Beleidigung der Berliner und eine "Erniedrigung der Bürger im Osten Deutschlands", hielt der SPD-Spitzenmann Wolfgang Thierse gegen. Viele andere Argumente wurden bemüht: Die hohen Kosten eines Umzugs von Parlament und Regierung, die Ersetzung des Föderalismus durch einen Zentralstaat, die ungewisse Zukunft Bonns ohne wichtige Hauptstadtfunktionen, die drohende Re-Nationalisierung Deutschlands usw. Versöhnliche und harte Worte wechselten einander ab. Mancher hatte sogar die Kraft, die Parlamentskollegen zum Lachen zu bringen, aber es gab kein Häme oder kleinliche Pöbeleien. Alle spürten, dass hier etwas Besonderes geschah.

Die Abstimmung selbst, das Auszählen der Stimmen war nichts für schwache Nerven. "Die Spannung ist riesengroß", sagte die Parlamentspräsidentin Rita Süßmuth und gab das Ergebnis bekannt. Mit 338 Ja- zu 320 Nein-Stimmen wurde der Antrag zur "Vollendung der Einheit Deutschlands" angenommen. Ein Votum gegen den Meinungstrend in Deutschland, jedenfalls im Westen der Republik. Noch 1993 sprachen sich in einer repräsentativen Umfrage 57 Prozent der wahlberechtigten Bürger gegen den Wechsel der Verfassungsorgane von Bonn nach Berlin aus. Ausschlaggebend für die knappe Mehrheit im Bundestag war, dass politische Schwergewichte wie Willy Brandt und Helmut Kohl, Dietrich Genscher, Wolfgang Schäuble und Hans-Jochen Vogel, aber auch die Vertreter der DDR-Bürgerbewegung wie Wolfgang Ullmann und Konrad Weiß energisch für Berlin plädierten. "Für Bonn spricht viel", hatte Weiß gesagt. "Aber für Berlin spricht alles".

Und auch das gehört zur Wahrheit: PDS und Bündnis 90/Die Grünen stimmten fast komplett, die FDP mit großer Mehrheit für Berlin. Sozialdemokraten und Union waren mehrheitlich für Bonn. Diese schwierige Gemengelage in beiden großen Volksparteien sollte sich in den Folgejahren folgenswer bemerkbar machen, als es darum ging, den gefassten Beschluss mit Leben zu erfüllen. Ein Beschluss für Berlin als Sitz von Bundestag und Bundesregierung, der den Kompromiss bereits in sich trug. Denn Bonn sollte als künftige Bundesstadt in "fairer und dauerhafter Arbeitsteilung" mit der Bundeshauptstadt Berlin vieles behalten dürfen. Ohne dieses Zugeständnis an eine Stadt und Region, die sich nach 41 Jahren im Dienste der alten Bundesrepublik Deutschland nicht so einfach abhängen lassen wollte, wäre das Bundestagsvotum zugunsten Berlins niemals zustande gekommen.

Es war im Grunde auch vernünftig und nur gerecht, der Stadt Bonn mit bundesstaatlicher Hilfe eine neue Perspektive zu geben und einen sanften Übergang von der politischen Kleinmetropole zu einem wichtigen Standort der Entwicklungshilfe und internationaler Institutionen zu ermöglichen. Aber es war damals schon rational nicht nachvollziehbar, warum sechs Bundesministerien zeitlich unbefristet ihren Dienstsitz in Bonn behielten und außerdem das Bundeskartellamt vom Spree an den Rhein umzog. Die "kleine Rache" derer, die am 20. Juni 1991 unterlegen waren, manifestierte sich drei Jahre später im Berlin-Bonn-Gesetz, das die sonderbare Rollenverteilung zwischen beiden Städten bis heute zementierte.

Nein, es soll an dieser Stelle nicht nachgetreten werden. Nicht nur Bonn geht es heute erfreulich gut, auch Berlin hat sich von der zunächst ungeliebten Hauptstadt zur Attraktion der deutschen Republik gemausert. Welcher Unsinn wurde nach der Grundsatzentscheidung vor 20 Jahren über die werdende Metropole verbreitet! Berlin sei miefige Provinz, ein teurer Kostgänger und lasse in neuem Größenwahn die Arroganz des Preußentums wieder aufleben. Das Wort von der "Berliner Republik", zuerst geprägt vom renommierten Publizisten Johannes Gross, wurde zum Schimpfwort. Und die neugeborene Hauptstadt der Fußabtreter der Nation.

Keine Metropole hat es leicht. Wie sagte einst Seneca über Rom: "Alle Klassen von Menschen strömen in der Hauptstadt zusammen, welche für Laster wie für die Tugenden hohe Preise aussetzt." Doch es hat eine Weile gedauert, bis auch die Tugenden Berlins bei der Mehrheit der Bundesbürger Beachtung fanden. Als die Meinungsforscher im Jahr 2000 erneut nachfragten, begrüßten immerhin 57% den Hauptstadtumzug, in den ostdeutschen Ländern sogar 71%. Zwischen Bodensee und Kieler Förde, Cottbus und Aachen dürfte 2011 eine neue Befragung, ob Berlin tatsächlich die richtige Hauptstadt sei, wohl nur noch Befremden auslösen.

Der Stimmungsumschwung setzte, wenn auch zögerlich, 1999 ein, als der Deutsche Bundestag aus Bonn wegzog. Nach dem Bundespräsidenten. Seitdem schlug das Herz der parlamentarischen Demokratie in Berlin, der politische Diskurs verlagerte sich in die geheimnisvollen Regionen östlich der Elbe. Die Reichstagskuppel Normann Fosters wurde von den Bundesbürgern erobert, die fasziniert in gewaltige Baugruben schauten, die sich quer durch die Millionenstadt zogen. Dann nahmen die Bundesministerien ihre Arbeit auf. Das Parlaments- und Regierungsviertel im Spreebogen ist immer noch nicht ganz fertig, aber ein schöner, öffentlicher Raum für alle Bürger. Berlin wurde zur Hauptstadt, der man beim Wachsen zugucken konnte. Produktiv unruhig, unverkrampft, eine manchmal chaotische Werkstatt der Einheit, und nach Mittel- und Osteuropa wurden Brücken gebaut. Aber das Schönste ist: Die Republik ist so föderal wie nie zuvor.

Was wir heute vorfinden, ist das Ergebnis einer gewaltigen Kraftanstrengung, das darf der beschwingte Blick auf die Hauptstadt nicht übersehen. Zweistellige Milliardensummen hat der Umzug verschlungen, Berlin erhält eine - zunächst magere, inzwischen respektable - Hauptstadtfinanzierung durch den Bund, von der nicht zuletzt das kulturelle Erbe Preußens profitiert. Noch immer fehlt es an Finanz- und Wirtschaftskraft, aber die Experten sehen Silberstreifen am Horizont. Botschaften, tausende Verbände und Stiftungen haben sich in Berlin eingefunden, öffentliche und private Medien belagern die Stadt, demnächst zieht der Bundesnachrichtendienst auf das Gelände des früheren Stadions der Weltjugend in Berlin-Mitte. Der Hauptstadtbeschluss hat mit seiner Verwirklichung eine gewaltige Sogkraft entfacht, die 1991 selbst große Optimisten so nicht erwarten konnten.

Wagen wir eine Prognose: Auch wenn sich das große Nordrhein-Westfalen immer noch schützend vor seine Bundesstadt stellt, wird das Berlin-Bonn-Gesetz über die nächste Wahlperiode hinaus (2013 bis 2018) in einem wesentlichen Punkt keinen Bestand haben. Die verbliebenen sechs Bundesministerien werden in den nächsten Jahren nach Berlin umziehen, wo sie hingehören. Die merkwürdige Vorgabe, dass die Mehrheit der ministeriellen Arbeitsplätze in Bonn verbleiben sollen, wird jetzt schon nicht mehr eingehalten. Der Rutschbahneffekt wirkt. Für die Hauptstadt ist das der letzte Schritt zur Normalität. Das prosperierende Bonn wird es souverän verkraften.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Infografik: Abstimmung vom 20. Juni 1991

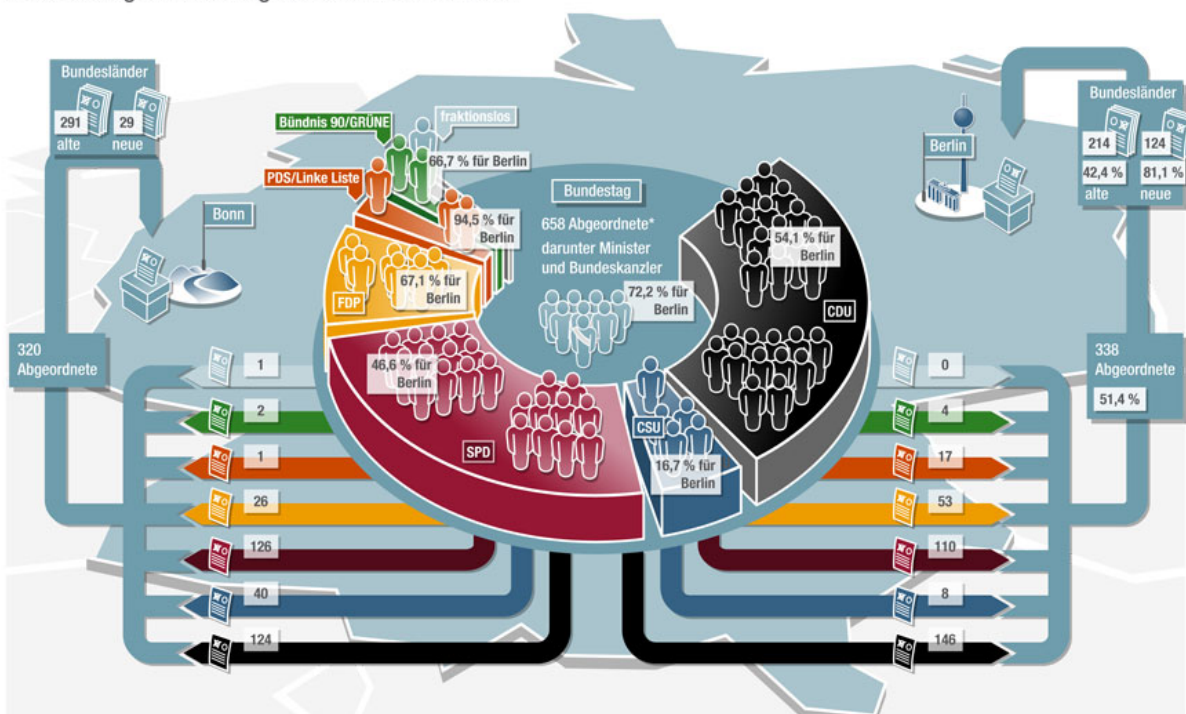
Von Hans Georg Lehmann

11.5.2011

Welche Fraktionen stimmten mehrheitlich für Berlin? Welche für Bonn? Und wie votierten alte und neue Länder im Vergleich? Die Abstimmung vom 20. Juni 1991 im Überblick.

■ Abstimmung über den Parlaments- und Regierungssitz, 20. Juni 1991

Entscheidung im Bundestag zwischen Bonn und Berlin



Abstimmung zum Berlin/Bonn-Gesetz Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/ (bpb)

Die PDF-Version finden Sie hier. (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/NSOLGR.pdf>)

20. Juni 1991

Berlin-Beschluss: Nach langen öffentlichen Auseinandersetzungen und einer leidenschaftlichen ganztägigen Plenardebatte entscheidet sich der Bundestag mit knapper Mehrheit für Berlin als künftigen Parlaments- und Regierungssitz. Der von prominenten Abgeordneten der SPD (Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Thierse), der FDP (Burkhard Hirsch, Hermann Otto Solms, Rainer Ortleb), der CDU/CSU (Günther Krause, Wolfgang Schäuble, Oscar Schneider) und des Bündnis 90/Grüne (Wolfgang Ullmann) eingebrachte Berlin-Antrag »Vollendung der Einheit Deutschlands« wird mit 338 gegen 320 namentlichen Stimmen angenommen. Danach ist Berlin Sitz des Bundestages. Die Bundesregierung soll an einem Konzept zur Realisierung dieses Beschlusses mitarbeiten und den »Kernbereich der Regierungsfunktionen« in Berlin ansiedeln. Angestrebt wird eine »faire Arbeitsteilung« zwischen beiden Städten, indem Bonn als »Verwaltungszentrum der BRD« der größte Teil der Arbeitsplätze erhalten bleibt. Für den Verlust des Parlamentssitzes und von Regierungsfunktionen soll die Region Bonn durch Ausgleichsmaßnahmen entschädigt werden. Der Bundestag geht davon aus, dass der Bundespräsident nach Berlin umzieht, und legt dem Bundesrat nahe, seinen Sitz aus föderalen Gründen in Bonn zu belassen. Die Abstimmung für Bonn bzw. für Berlin verläuft quer durch die Bundestagsparteien hindurch:

Mitglieder des Bundestages	Abstimmung		
	für Bonn	für Berlin	in % für Berlin
Abgeordnete der CDU	124	146	54,1
Abgeordnete der CSU	40	8	16,7
Abgeordnete der SPD	126	110	46,6
Abgeordnete der FDP	26	53	67,1
Abgeordnete der PDS/ Linke Liste	1	17	94,5
Abgeordnete des Bündnis90/GRÜNE	2	4	66,7
Abgeordnete fraktionslos	1	–	–
Von 658 Abgeordneten	320	338	51,4
davon aus den alten Bundesländern	291	214	42,4
davon aus den neuen Bundesländern mit Berlin	29	124	81,1
darunter Bundeskanzler und Bundesminister	5	13	72,2
Anwesend 660 Abgeordnete, die ihre Stimmen abgeben, darunter 1 ungültige Stimme und 1 Enthaltung			

Text aus: Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945 bis 2000, überarb. und aktualisierte Neuaufl. - Bonn : Bundeszentrale für Politische Bildung, 2000, S. 470f.

"Laßt dem kleinen Bonn Parlament und Regierung!"

Norbert Blüm - Rede vor dem Deutschen Bundestag am 20. Juni 1991

10.5.2011

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag forderte Norbert Blüm, Parlament und Regierung in Bonn zu belassen. Denn "mit dem Namen Bonn verbindet sich der längste freiheitliche und friedliche Zeitabschnitt unserer Geschichte".



In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag forderte Norbert Blüm, Parlament und Regierung in Bonn zu belassen. Denn "mit dem Namen Bonn verbindet sich der längste freiheitliche und friedliche Zeitabschnitt unserer Geschichte".
(© Bundeszentrale für politische Bildung/Phoenix) (<http://www.bpb.de/mediathek/838/norbert-bluem>)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ob Berlin oder Bonn, ob das Parlament und die Regierung hier oder dort angesiedelt sind – der Streit darüber darf uns nicht die Freude nehmen, daß wir ein Volk sind, wiedervereint und frei,

(Beifall im ganzen Hause)

und daß wir wieder darüber debattieren können, wo Verfassungsorgane in Deutschland ihren Platz nehmen.

Die Spaltung ist überwunden, die Mauer ist gefallen, die Gräben dürfen heute nicht aufgerissen werden.

"Teilung durch Teilen überwinden" – kann das nicht auch das Programm einer bundesstaatlichen Aufgabenverteilung zwischen Berlin und Bonn sein? Wir wollen das Miteinander durch Aufgabenverteilung zwischen der Hauptstadt Berlin und Bonn fördern. Zu diesem Miteinander in ganz Deutschland gehört nicht nur die Verteilung von Verfassungsorganen auf diese Städte, sondern auch die Verteilung von Bundeseinrichtungen auf ganz Deutschland, wobei dem Aufbau in den neuen Bundesländern eine ganz besondere Zuwendung gebührt.

Berlin und Bonn stehen beide für freiheitliche Traditionen, welche die wiedergefundene Einheit ermöglicht haben. Der Widerstand der Berliner Bevölkerung gegen Unfreiheit, das Standhalten gegen Bedrohung, Erpressung und Blockade haben die Idee der deutschen Einheit wachgehalten und die Erwartung der Wiedervereinigung vor Resignation bewahrt.

Aber auch das Verdienst von Bonn darf nach 40 Jahren Bundesrepublik nicht geringgeschätzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Mit dem Namen Bonn verbindet sich der längste freiheitliche und friedliche Zeitabschnitt unserer Geschichte. Es war eine gute Zeit – es ist eine gute Zeit –, die mit Bonn verbunden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Der Mut der Bürger in der ehemaligen DDR, der friedliche Aufstand gegen Unfreiheit und Unterdrückung – das bleibt das große Ruhmesblatt der Deutschen im Osten unseres Landes. Er hatte ein Ziel: Freiheit. Über die Freiheit führte der Weg zur Einheit. Die Freiheitsrechte des Bonner Grundgesetzes waren das Ziel dieses Freiheitswillens. Ohne Politik, die mit dem Namen Bonn verbunden ist, wäre ganz Deutschland eingemauert worden. Bonn war die Verankerung in der freien Welt.

Der Antrag, den ich heute vertrete, steht unter der Überschrift "Bundesstaatslösung". Bonn und Berlin – nicht gegeneinander, sondern miteinander, das ist das Programm, das wir vorschlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands. Das ist entschieden; das wollen wir so. Wir schlagen vor: Berlin wird Amtssitz des Bundespräsidenten, wird Sitz des Bundesrates, der Bundesversammlung, der herausgehobenen Sitzungen des Bundestages, zusätzlicher Dienststellen des Bundeskanzlers und weiterer Mitglieder der Bundesregierung. Bonn wird Parlaments- und Regierungssitz.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir entscheiden allerdings nicht nur über Sitzfragen. In unsere heutige Entscheidung gehen auch Fragen des Selbstverständnisses des Nationalstaates Deutschland ein. Der Nationalstaat Deutschland steht am Ende dieses Jahrhunderts nicht mehr dort, wo er am Anfang stand. Wir haben uns nicht zum Deutschen Reich wiedervereint, sondern zu einem kräftigen Bundesstaat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Die Geschichte bleibt nie stehen. "Man steigt nicht zweimal in denselben Fluß", wußten schon die griechischen Philosophen. Wir entwickeln unser Deutschland weiter. Der Nationalstaat Deutschland

öffnet sich für Europa, und der Nationalstaat Deutschland steht auf einem kräftigen föderalen Fundament. Der Nationalstaat Deutschland ist also nicht einfach die Verlängerung der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft.

Deshalb: Glaubwürdigkeit geschichtlicher Standpunkte und Festlegungen darf nicht einer neuen Nachdenklichkeit im Wege stehen. Geschichte ist kein Museum; Geschichte ist Entwicklung. Wäre Glaubwürdigkeit schon mit einfacher Wiederholung von Standpunkten garantiert, wäre sie eine Sperre gegen neue Entwicklungen und Einsichten.

Bonn hat sich über das Provisorium hinaus entwickelt. Es ist keine Durchgangsstation, wo auf Koffern regiert wurde. Bonn hat eigenes republikanisches Gewicht gewonnen. Große historische Stunden sind mit Bonn verbunden. Den Einigungsvertrag haben wir in Berlin und in Bonn verabschiedet. Wir haben ihm in Berlin und in Bonn zugestimmt.

Der Nationalstaat, den wir uns wünschen, ist europäisch eingebunden und regional gegliedert. Europäisierung und Regionalisierung, das sind die Pole eines modernen Nationalstaates. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Paßt in eine solche bundesstaatliche Lösung eine alles dominierende Hauptstadt?

(Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink [FDP]: Ja! – Zurufe von der CDU/CSU: Nein!)

Ich meine: Nein. Eine Hauptstadt Berlin mit Parlaments- und Regierungssitz würde, so fürchte ich, eine Sogwirkung erzeugen, die auch das neugewonnene Selbstbewußtsein der neuen Bundesländer unterspülte. Nicht ohne Grund verlegen Staaten mit kräftigem föderalen Selbstbewußtsein ihren Parlaments- und Regierungssitz nicht in die größte Stadt: Die Amerikaner verlegten ihn nicht nach New York, sondern nach Washington; die Kanadier nicht nach Montreal oder Toronto, sondern nach Ottawa; die Schweizer nicht nach Zürich, sondern nach Bern. Sollten wir an der Klugheit und Erfahrung anderer föderaler Staaten nicht Maß nehmen?

Was alles dominierende Zentralstädte für Regionen und Provinzen bedeuten, zeigen uns Frankreich und England. Berlin wird auch ohne Regierungs- und Parlamentssitz die herausragende kulturelle und wirtschaftliche Metropole unseres Vaterlands sein. Es wird im wahrsten Sinne Hauptstadt Deutschlands. Niemand bestreitet diesen Rang Berlins. Braucht es dazu noch Regierungs- und Parlamentssitz? frage ich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Laßt dem kleinen Bonn Parlament und Regierung! Bonn verliert mit Bundestag und Regierung viel. Berlin gewinnt mit Bundestag und Regierung viele neue Probleme: Wohnungsprobleme, Raumordnungsprobleme, Infrastrukturprobleme.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Das Motto "je größer, um so besser" hält die damit verbundenen Erwartungen schon längst nicht mehr. Ersparen wir Berlin den Weg in eine Megastadt!

(Widerspruch bei Abgeordneten der FDP)

Sechs Millionen Einwohner rechnen heute schon Fachleute in wenigen Jahren für Berlin aus. Das ist ein Drittel der Bevölkerung der ehemaligen DDR. Berlin wird in zehn Jahren mehr Einwohner haben als Hamburg, München und Köln zusammen. Zwei Millionen Beschäftigte mehr erwartet die Industrie- und Handelskammer Berlin in den nächsten 20 Jahren.

Schon spricht man mit neuem Selbstbewußtsein von der größten Industriestadt in Berlin zwischen Atlantik und Ural.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP)

Wozu, so frage ich, dazu noch – und mittendrin – Regierungs- und Parlamentssitz?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Das Projekt der Megastadt ist weltweit in Schwierigkeiten geraten. Überall beginnt ein vorsichtiger Rückzug, eine Entkrampfung durch Dezentralisierung. Tokio versucht sich von Regierungseinrichtungen durch Dezentralisation zu entlasten.

(Werner Schulz [Berlin] [Bündnis 90/GRÜNE]: Und Bonn!)

Warum sollten wir uns in Deutschland in die entgegengesetzte Richtung entwickeln?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das schöne Berlin, die Stadt mit großer Liberalität und einer Bürgerschaft mit Witz und unkomplizierter Herzlichkeit, ist groß genug. Das Maximum ist nicht das Optimum.

Kolleginnen und Kollegen! Holen wir die heutige Entscheidung auch herunter von der Höhe historischer, kultureller und politischer Perspektiven! Rücken wir sie auch einmal in den Blickwinkel der Betroffenen! Ein Staat, der mit dem Leben nicht rückgekoppelt ist, ist ein fremder, ferner, ein kalter Staat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Arbeitsplätze von hunderttausend Menschen in dieser Region sind durch einen Umzug von Regierung und Parlament betroffen.

(Zurufe von der FDP)

Jeder dritte Beschäftigte wäre betroffen. Hinzu kommen die Familien. Hunderttausend Beschäftigte! Das ist so, als würden zehn Stahlwerke oder Bergwerke in einer Stadt stillgelegt. Es sind nicht nur Staatssekretäre und Ministerialdirektoren in Bonn beschäftigt. Es sind Menschen, die hier ihre Existenz aufgebaut haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Man trägt seine Heimat nicht wie ein Schneckenhaus mit sich herum.

Dieses Jahrhundert hat den Menschen viel Entwurzelung angetan. Der Staat sollte nicht der Betreiber einer kollektiven Umsiedlung sein. Muß sein, was nicht sein muß? Die Wiedervereinigung darf nicht mit einem Programm von Heimatlosigkeit verbunden werden, in keinem Teil Deutschlands, in keiner Stadt! Wir leiden schon genug unter innerdeutschen Wanderungsbewegungen; wir dürfen sie nicht freiwillig verstärken.

Manche gehen zu leicht über die menschlichen Kosten des Umzugs hinweg. Es ist auch nicht kleinlich, auf die finanzielle Last des Umzugs hinzuweisen. Brauchen wir denn nicht heute und morgen jede Mark für den Aufbau in den neuen Bundesländern?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Die arbeitslose Frau oder der arbeitslose Mann, das junge Mädchen, das eine Lehrstelle sucht, der Junge in Gera, Leipzig, Rostock, Erfurt, Frankfurt an der Oder, Schwerin, Magdeburg, Dresden, Chemnitz, Halle oder Bitterfeld – sie haben wahrscheinlich andere Sorgen als die Frage, mit welchen Institutionen eine Hauptstadt versehen sein muß.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der SPD – Buh-Rufe von Abgeordneten der FDP)

Sie haben ganz andere Sorgen als diese Frage

Wir dürfen die Nöte des Tages nirgendwo übersehen. Berlin und Bonn dürfen nicht für Trennendes stehen, sondern müssen stehen für Gemeinsamkeit und Ergänzung. Das große Berlin und das kleine Bonn ergänzen sich. Das ist wie der große Bruder der kleinen Schwester.

(Heiterkeit)

Es hat der Demokratie in Deutschland nach all den Wirren der Hitler-Zeit und dem aufgeblasenen Pomp und den Paraden der Stalin-Zeit gutgetan, in einer kleinen bescheidenen Stadt Demokratie in Regierung und Parlament vorgeführt zu haben. Es hat unserer Demokratie in der Welt gutgetan.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Wie hat schon Richard von Weizsäcker einst die Liebenswürdigkeit Bonns beschrieben – ich zitiere ihn –:

(Heiterkeit)

Wenige Regierungszentren . . . können sich an humaner Regierbarkeit mit Bonn messen.

Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der SPD – Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Die bescheidene Selbstsicherheit Bonns sollte uns auch in Zukunft begleiten. Deshalb beantragen wir eine bundesstaatliche Lösung mit Berlin und Bonn.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen Kompromiß und Konsens versucht; er ist uns nicht gelungen. Wir müssen uns entscheiden; wir wollen uns entscheiden.

Mit Bonn verbindet sich der demokratische Neuanfang unserer Geschichte. Mit Bonn verbindet sich die friedlichste und freiheitlichste Epoche unserer Geschichte. Sie soll nie zu Ende gehen. Mit Bonn verbindet sich Westintegration, die Grundlage für die Wiederaufnahme in die Gemeinschaft freier Völker. Bonn hat nicht seine Schuldigkeit getan und kann gehen. Mit Berlin zusammen steht Bonn für eine freiheitliche und friedliche Zukunft unseres Landes.

Sie haben das Wort, Sie haben die Entscheidung. Wir bitten Sie um die Zustimmung zu unserer bundesstaatlichen Lösung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

"Hauptstadt Berlin – das darf nicht ein bloßes Etikett sein"

Wolfgang Thierse - Rede vor dem Deutschen Bundestag am 20. Juni 1991

10.5.2011

Der Parlamentssitz sei das Herzstück einer wirklichen Hauptstadt, so formulierte es Wolfgang Thierse 1991. Eine Abfindung mit sogenannten Repräsentativfunktionen wäre nicht nur eine Beleidigung für die Berliner, sondern auch eine Erniedrigung der Bürger im Osten Deutschlands.



Der Parlamentssitz sei das Herzstück einer wirklichen Hauptstadt, so formulierte es Wolfgang Thierse 1991. Eine Abfindung mit sogenannten Repräsentativfunktionen wäre nicht nur eine Beleidigung für die Berliner, sondern auch eine Erniedrigung der Bürger im Osten Deutschlands. (© Bundeszentrale für politische Bildung/Phoenix) (<http://www.bpb.de/mediathek/835/wolfgang-thierse>)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute eine wahrhaft wichtige Frage zu debattieren, und wir haben zu entscheiden.

Nachdem sich gestern eine Mehrheit des Bundestages gegen einen Volksentscheid in der Hauptstadtfrage gewandt hat, kann sich dasselbe Parlament heute nicht weigern, selbst eine

Entscheidung zu fällen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der PDS/Linke Liste und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Berlin oder Bonn, Bonn oder Berlin oder beide – ein Streit voller Emotionen, mit Ängsten und Hoffnungen verbunden. Ich verstehe die Menschen, die sich gestern auf dem Bonner Marktplatz aus Sorge um ihre eigene Zukunft versammelt haben. Es müssen und sollten hier und heute nicht Hymnen auf die eine und Spottlieder auf die andere Stadt gesungen werden.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Wirklichkeit beider Städte – so unterschiedlich sie sind – widerspricht solchen Versuchen, die allzuleicht zu Karikaturen geraten. Beide Städte sind in jedem Falle grauer oder vor allem bunter als ihre Verzeichnungen, und Bonn ist eine glückliche Stadt.

Nein, es geht heute nicht um einen Wettstreit zwischen zwei Städten. Es geht vielmehr um die zukünftige gesellschaftliche und politische Entwicklung, nämlich um einen entscheidenden Schritt bei der Vollendung der Einheit Deutschlands.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Bei der Entscheidung, die wir heute zu treffen haben, kann es eigentlich, so glaube ich, keinen wirklichen Sieger geben, dafür aber Verlierer mit schwer zu heilenden Verletzungen. Es geht eben nicht nur um 100.000 Menschen in der Region Bonn, sondern auch um ebenso viele oder mehr Menschen in Berlin. Die Stadt ist eben keine menschenleere Gegend. Berlin hat schon Hauptstadtfunktionen, Verwaltungsfunktionen verloren und kämpft auch deshalb mit großen ökonomischen und sozialen Problemen.

Darüber hinaus geht es generell um das Verhältnis zwischen Ost und West in Deutschland. Ebenso steht die Frage zur Debatte nach der Identität des gemeinsamen deutschen Staates, nach seiner Selbstdarstellung, nach seinem, unserem Verhältnis zur deutschen Geschichte, nach Kontinuität und geschichtlichem Neuanfang zugleich, nach unserem Verständnis von Europa, zu dem doch wohl wieder und endgültig das östliche Europa gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Das sind Stichworte, die die Dimensionen der Entscheidung umreißen und die Schwierigkeiten eines überzeugenden Kompromisses verdeutlichen.

Wir Berlin-Befürworter haben in unserem Antrag Elemente eines solchen notwendigen Kompromisses zu formulieren versucht, die auch den Sorgen von Stadt und Region Bonn Rechnung tragen sollen, die zugleich aber die volle Funktionsfähigkeit von Parlament und Regierung garantieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Hauptstadt Berlin – das darf nicht ein bloßes Etikett sein, hinter dem sich nichts Substantielles verbirgt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Die Abfindung mit sogenannten Repräsentativfunktionen – Berlin als Ort für besondere Anlässe –, das wäre denn doch nicht nur eine Beleidigung für die Berliner, sondern auch eine Erniedrigung der Bürger im Osten Deutschlands.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des Bündnisses 90/GRÜNE – Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir halten den Parlamentssitz für das Herzstück einer wirklichen Hauptstadt. Deshalb sollte der Bundestag seinen Sitz in Berlin nehmen. Erst dann ist Berlin wirklich die Hauptstadt Deutschlands.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Wir wollen allerdings keinen Wanderzirkus, keine Scheinpräsenzen oder nur symbolische Sitzungen in Berlin. Deshalb soll der Bundestag erst nach Berlin umziehen, wenn dort seine volle Funktionsfähigkeit gesichert ist und wenn das Zusammenwirken von Parlament und Regierung möglich ist, wenn das Parlament also seiner Kontrollfunktion voll nachkommen kann.

Deshalb schlagen wir eine realistische Planung und einen vernünftigen Realisierungszeitraum für diesen Umzug vor.

Was spricht für Berlin?

Das erste Argument: politische Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Wer sich 40 Jahre immer wieder feierlich zu Berlin bekannt hat, sollte jetzt nicht eine totale Kehrtwendung vornehmen nach dem Motto: Was schert mich mein Geschwätz von gestern? Wer so handelt, zerstört das Vertrauen in die Demokratie, mit dem wir Deutschen (Ost) in die Einheit gegangen sind. Bitte, man sage nicht, daß der Einigungsvertrag diese Kontinuität des Bekenntnisses zu Berlin einfach erledigt hat.

Das zweite Argument: politische Gerechtigkeit. Die deutsche Einigung ist unter unerhörtem Tempodruck vollzogen worden; sie verläuft unter extremem Problemdruck. Das hat zu Verletzungen, Ungleichgewichten, Verzerrungen und Benachteiligungen geführt. Ich sage das ohne jeden Vorwurf in irgendeine Richtung. Denn wir hatten im Grundsätzlichen keine Wahl. Die Chance mußte genutzt werden. Man konnte sie sich nicht aussuchen. Man kann eine Chance höchstens vertun.

Aber jetzt, im weiteren Fortgang der deutschen Einigung, müssen wir auf Ausgleich bedacht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Bisher ist nämlich zu vieles von Ost nach West gewandert: Arbeitsplätze, Arbeitskräfte, also Menschen, Gewinne und nicht zuletzt wirtschaftliche und politische Entscheidungskompetenzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Das ist ein Prozeß, der bisher und wohl auf absehbare Zeit nicht so schnell und so wirksam, wie wir es uns alle wünschen müssen, umgekehrt werden kann, auch durch immense finanzielle Mittel nicht. Deshalb sind besondere politische Anstrengungen zur Herstellung von Gleichberechtigung nötig. Wie könnte das besser dargestellt und bewiesen werden als durch eine Hauptstadt, zu der Ost und West gleichrangig beisteuern, eben Berlin?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Ob das vereinigte Deutschland im Gleichgewicht, im Einklang mit sich selbst sein wird, das wird vor allem in seinem problematischen, bisher benachteiligten, gedrückten Teil entschieden, im Osten.

Was ist das für ein Staatsschiff, in dem alle wirklichen Schwerpunkte im Westen liegen? Frankfurt

bleibt Finanzzentrum, Rhein-Ruhr Wirtschaftszentrum, Hamburg-Bremen Handelszentrum, Stuttgart-München Zentrum technologischer Modernität. Was bleibt für den Osten Deutschlands? Das Problemgebiet? Der Sozialfall? Nein, hier muß eine politisch bewußte Entscheidung für ein Zentrum östlich der Elbe gegensteuern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Das dritte Argument: der Föderalismus, jenes unersetzliche Element der gelungenen demokratischen Kultur der Bundesrepublik. Ich denke, wir stärken den Föderalismus eher dadurch, daß wir die Hauptstadt dorthin verlegen, wo sie inmitten der schwächeren Länder liegt, und nicht dadurch, daß wir sie unbedingt im einwohnerstärksten und wirtschaftlich mächtigsten Land belassen.

Zudem, was ist das für ein Föderalismus, der meint nicht berücksichtigen zu müssen, daß sich zwölf – nachdem Baden-Württemberg gestern auch für Berlin gestimmt hat – der 16 Länder für Berlin ausgesprochen haben?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der PDS/Linke Liste und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Darunter sind alle neuen Länder, weil sie der Überzeugung sind, daß die Entscheidung für Berlin in ihrem ureigenen Interesse liegt. Ich bitte die Bonn-Befürworter sehr, ihre Definitionsmacht nicht so weit zu treiben, daß sie dekretieren, was Interesse der neuen Länder ist oder nicht. Das können die schon selber tun, und das haben sie auch eindeutig getan!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Viertes Argument: finanzielle Seriosität. Es wird oft gegen eine Entscheidung für Bonn eingewandt, der Umzug sei zu teuer, die Kosten dafür würden dem Aufbau in den neuen Ländern fehlen. Ich will dazu nur drei Sätze sagen: Eine Entscheidung für Berlin wäre eine ökonomisch segensreiche Investition des Vertrauens in die Entwicklung der neuen Länder. Eine Entscheidung gegen Berlin könnte am Schluß vielleicht doch teurer sein als eine positive Entscheidung. Auch die Entscheidung für Bonn ist nicht kostenlos; sie kostet vielmehr viele Milliarden, weil auch hier gebaut werden muß und wird. Man sollte nicht mehr an der Behauptung festhalten, daß in Berlin alles neu geschaffen werden müsse, während in Bonn alles beim alten bleiben könne.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Wer so denkt und redet, macht Bonn wirklich zum Symbol des "Weiter so", als wäre in Deutschland durch die Wiedervereinigung nichts geschehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Fünftes Argument: gesamtdeutsche Solidarität. Es ist meine Sorge – ich bitte um Entschuldigung –, daß die deutsche Einigung noch immer mißlingen könnte, daß jedenfalls die ökonomische, soziale und menschliche Spaltung nur allzu langsam und opferreich überwunden werden könnte, weil kollektive Besitzstandswahrung, die im einzelnen immer verständlich ist, im Wege steht. Auch ich erinnere an den wichtigsten Satz des vergangenen Jahres, den Lothar de Maizière in seiner Regierungserklärung für die große Koalition gesprochen hat: daß die Teilung nur durch Teilen überwunden werden kann.

Es geht bei der heutigen Entscheidung eben nicht nur um ein Symbol, wie die Bonn-Befürworter behaupten. Im Gegenteil, Berlin zum Ort der Repräsentation machen zu wollen, Berlin mit dem Hauptstadttitel nur zu schmücken heißt, den Osten Deutschlands mit einem Symbol abzufinden. Es geht um wirkliche Solidarität, wenn sie anfängt, einerseits – in der Region Bonn – weh zu tun und

andererseits – in den neuen Länder – wirksam zu sein.

Was wird uns im Osten Deutschlands nicht alles an grundlegenden, auch schmerzlichen Änderungen des Lebens abverlangt? Alles muß und wird bei uns anders werden. Das ist für sehr viele Menschen wahrhaftig nicht leicht. Ist demgegenüber die gewiß unbequeme Änderung, die mit der Verlegung des Parlamentssitzes verbunden ist, eine solch unanständige Zumutung?

Meine Damen und Herren, nicht der Umzug von Parlament und wichtigeren Regierungsfunktionen muß schnell vollzogen werden, sondern die Grundsatzentscheidung für Berlin muß jetzt erfolgen. Sie wäre ein Zeichen, ein wunderbarer Anlaß der Hoffnung auf wirkliche Gemeinsamkeit und Solidarität, einer Hoffnung, die uns, die Menschen im östlichen Deutschland, die großen Probleme der nächsten Jahre leichter überstehen ließe, die uns in Deutschland wirklich näher zusammenrücken ließe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Die Entscheidung für Berlin wäre ein durch nichts – durch nichts! – zu ersetzender Schritt zur Verwirklichung der politischen, sozialen, menschlichen Einheit Deutschlands. Ich bitte Sie, ich appelliere an Sie, dieses Zeichen zu setzen, diesen Schritt zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der PDS/Linke Liste und des Bündnisses 90/GRÜNE)

"Berlin ist Symbol für Einheit und Freiheit"

Wolfgang Schäuble - Rede vor dem Deutschen Bundestag am 20. Juni 1991

10.5.2011

Berlin: Keine andere Stadt war und ist das Symbol für Einheit und Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für das ganze Deutschland, so Wolfgang Schäuble. In seiner Rede betonte er, dass es nicht um Bonn oder Berlin gehe, sondern um die Zukunft im vereinten Deutschland, das seine innere Einheit erst noch finden müsse.



Berlin: Keine andere Stadt war und ist das Symbol für Einheit und Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für das ganze Deutschland, so Wolfgang Schäuble. In seiner Rede betonte er, dass es nicht um Bonn oder Berlin gehe, sondern um die Zukunft im vereinten Deutschland, das seine innere Einheit erst noch finden müsse. (© Bundeszentrale für politische Bildung/Phoenix) (<http://www.bpb.de/mediathek/836/wolfgang-schaeuble>)

<embed

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind von manchem in den letzten Monaten überrascht worden. Daß wir im vergangenen Jahr die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit erreichen würden, hat uns jedenfalls in der zeitlichen Abfolge gewiß überrascht. Daß wir danach so sehr über den Sitz von Parlament und Regierung würden miteinander ringen, hat mich jedenfalls auch überrascht.

Ich glaube, in den 40 Jahren, in denen wir geteilt waren, hätten die allermeisten von uns auf die Frage, wo denn Parlament und Regierung sitzen werden, wenn wir die Wiedervereinigung haben, die Frage nicht verstanden und gesagt: Selbstverständlich in Berlin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Die Debatte, die wir geführt haben und noch führen, hat natürlich auch dazu beigetragen, daß jeder die Argumente und die Betroffenheit der anderen besser verstanden hat. Auch ich bekenne mich dazu, daß ich die Argumente und die Betroffenheit derer, die für Bonn sind, heute besser verstehe als vor einigen Monaten. Ich will das ausdrücklich sagen und auch meinen Respekt dafür bekunden.

Ich glaube auch, daß es deshalb verdienstvoll war, wenn sich viele – ich auch – bemüht haben, als Grundlage einen Konsens zu finden,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

um vielleicht zu vermeiden, was bei der einen oder anderen Entscheidung damit notwendigerweise an Folgen verbunden ist. Wir haben den Konsens nicht gefunden. Und auf der anderen Seite ist es vielleicht nun auch gut, daß wir heute entscheiden müssen.

Für mich ist es – bei allem Respekt – nicht ein Wettkampf zwischen zwei Städten, zwischen Bonn und Berlin.

(Zuruf von der FDP: Richtig!)

Es geht auch nicht um Arbeitsplätze, Umzugs- oder Reisekosten, um Regionalpolitik oder Strukturpolitik.

Das alles ist zwar wichtig,

(Otto Schily [SPD]: Sehr wahr!)

aber in Wahrheit geht es um die Zukunft Deutschlands. Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Mit allem Respekt darf ich einmal sagen: Jeder von uns – ich wohne ja weder in Bonn noch in Berlin; ich wohne auch nicht in Brandenburg oder in Nordrhein-Westfalen, sondern ich wohne ganz im Südwesten an der Grenze zu Frankreich – ist nicht nur Abgeordneter seines Wahlkreises und seines Landes, sondern wir sind Abgeordnete für das gesamte deutsche Volk.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU, der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Jeder von uns muß sich dieser Verantwortung bewußt sein, wenn er heute entscheidet.

Wir haben die Einheit unseres Volkes im vergangenen Jahr wiedergefunden. Das hat viel Mühe gekostet. Nun müssen wir sie erst noch vollenden. Auch das kostet noch viel Mühe.

Viele haben oft davon gesprochen, daß wir, um die Teilung zu überwinden, zu teilen bereit sein müssen. Das ist wahr. Aber wer glaubt, das sei nur mit Steuern und Abgaben oder Tarifverhandlungen und Eingruppierungen zu erledigen, der täuscht sich. Teilen heißt, daß wir gemeinsam bereit sein müssen,

die Veränderungen miteinander zu tragen, die sich durch die deutsche Einheit ergeben.

*(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU, der FDP,
der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)*

Deswegen kann auch in den sogenannten elf alten Bundesländern – so alt ist Baden-Württemberg übrigens im Vergleich zu Sachsen nicht – nicht alles so bleiben, wie es war, auch nicht in Bonn und nicht im Rheinland.

*(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP,
der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)*

Wenn wir die Teilung überwinden wollen, wenn wir die Einheit wirklich finden wollen, brauchen wir Vertrauen und müssen wir uns gegenseitig aufeinander verlassen können. Deshalb gewinnt in dieser Entscheidung für mich die Tatsache Bedeutung, daß in 40 Jahren niemand Zweifel hatte, daß Parlament und Regierung nach der Herstellung der Einheit Deutschlands ihren Sitz wieder in Berlin haben werden.

*(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP,
der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)*

In diesen 40 Jahren – auch das ist wahr – stand das Grundgesetz, stand die alte Bundesrepublik Deutschland mit ihrer provisorischen Hauptstadt Bonn für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat. Aber sie stand damit immer für das ganze Deutschland. Und das Symbol für Einheit und Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für das ganze Deutschland war wie keine andere Stadt immer Berlin:

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

von der Luftbrücke über den 17. Juni 1953, den Mauerbau im August 1961 bis zum 9. November 1989 und bis zum 3. Oktober im vergangenen Jahr. Die Einbindung in die Einigung Europas und in das Bündnis des freien Westens hat uns Frieden und Freiheit bewahrt und die Einheit ermöglicht. Aber auch diese Solidarität der freien Welt mit der Einheit und Freiheit der Deutschen hat sich doch nirgends stärker als in Berlin ausgedrückt. Ob wir wirklich ohne Berlin heute wiedervereinigt wären? Ich glaube es nicht.

*(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP,
der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)*

Deutsche Einheit und europäische Einheit bedingen sich gegenseitig. Das haben wir immer gesagt, und das hat sich bewahrheitet. Meine Heimat, ich sagte es, liegt in der Nachbarschaft von Straßburg. Aber Europa ist mehr als Westeuropa.

*(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP,
der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)*

Deutschland, die Deutschen, wir haben unsere Einheit gewonnen, weil Europa seine Teilung überwinden wollte.

Deshalb ist die Entscheidung für Berlin auch eine Entscheidung für die Überwindung der Teilung Europas.

*(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP,
der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)*

Ich sage noch einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es geht heute nicht um Bonn oder Berlin, sondern es geht um unser aller Zukunft, um unsere Zukunft in unserem vereinten Deutschland, das seine innere Einheit erst noch finden muß, und um unsere Zukunft in einem Europa, das seine Einheit verwirklichen muß, wenn es seiner Verantwortung für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit gerecht werden will.

Deswegen bitte ich Sie herzlich: Stimmen Sie mit mir für Berlin.

(Langanhaltender Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE – Abgeordnete der CDU/CSU und der SPD erheben sich – Abg. Willy Brandt [SPD] gratuliert Abg. Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU])

"Bonn ist Symbol für 40 Jahre erfolgreiche Demokratie"

Gerhart Rudolf Baum - Rede vor dem Deutschen Bundestag am 20. Juni 1991

10.5.2011

In Bonn sei keine enge, provinzielle Politik gemacht worden. Alle Parteien haben von hier aus dazu beigetragen, dass sich die Deutschen zu einer beispielhaften Demokratie entwickelt und eine neue Verantwortung in Europa übernommen haben, so Gerhart Baum.



In Bonn sei keine enge, provinzielle Politik gemacht worden. Alle Parteien haben von hier aus dazu beigetragen, dass sich die Deutschen zu einer beispielhaften Demokratie entwickelt und eine neue Verantwortung in Europa übernommen haben, so Gerhart Baum. (© Bundeszentrale für politische Bildung/Phoenix) (<http://www.bpb.de/mediathek/837/gerhart-baum>)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Begründung für Bonn ist nüchterner und vielleicht pragmatischer. Sie ist nicht verbunden mit diesem eindrucksvollen Blick in die Vergangenheit, nicht verbunden mit dem Bekenntnis zu Berlin als einem unbezweifelbaren Symbol für die Freiheit. Das kann Bonn nicht leisten.

Ich stimme Wolfgang Schäuble ausdrücklich zu: Es geht nicht um die beiden Städte. Es wäre völlig

verfehlt, diese beiden Städte miteinander zu vergleichen. Sie haben, Willy Brandt, mit Recht gesagt: Es geht um eine Entscheidung, über unsere Zukunftsvorstellungen und über unser Selbstverständnis.

Hier habe ich, mit Verlaub, ein anderes Selbstverständnis. Ich sehe, daß sich unsere politische Lage in Europa durch einen tiefen Wandel prägt, daß die Nachkriegsordnung in Europa mit der Trennung Europas und Deutschlands aufgehoben wird. Ich sehe, daß der Einigungsvertrag dies zum Ausdruck bringt und daß er uns ausdrücklich diese Entscheidung offenläßt, damit wir Gelegenheit haben, darüber nachzudenken, wie sich dieser Wandel in einer Entscheidung für Bonn oder für Berlin ausdrückt. Ich meine, in dieser Zeit, in der wir leben, ist nichts mehr so, wie es war. Wir leben in einer veränderten Welt. Es kann doch nicht darum gehen, etwas wiederherzustellen, was in dieser Form nicht wiederherstellbar ist. Das heißt, die Rückkehr zum Hauptstadtgedanken des 19. Jahrhunderts paßt nicht mehr in die Gegenwart eines Europas und eines föderalistischen Deutschlands.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Mir haben in den letzten Wochen viele junge Leute geschrieben, ob wir denn in einem Europa der Regionen über die Funktionsfähigkeit der Bundesorgane hinaus überhaupt das Symbol einer Hauptstadt brauchen. Jemand hat geschrieben: Glücklicherweise ist das Land, das seine Hauptstadt gar nicht kennt. Ich bin ganz und gar nicht dieser Meinung. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß es ein Glücksfall sein könnte, daß wir eine Hauptstadt Berlin haben, die Deutschland als Ganzes repräsentiert und nicht eine leere Hülse ist. Wir machen Ihnen ja Vorschläge, wie diese Hauptstadt Berlin ihre repräsentative Aufgabe wahrnehmen kann.

Es wäre sicherlich ein Glücksfall, meine ich, wenn wir eine funktionierende Stadt, wie es Bonn ist, mit einem Regierungs- und Parlamentssitz haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir in einem vereinten Europa auch über Brüssel sprechen, unsere europäische Hauptstadt. Es ist jetzt nicht die Stunde der Zentralisierung, sondern der Dezentralisierung. Es ist die Stunde der Aufgabenteilung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

In diesem zusammenwachsenden Europa kommt den Regionen eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Die Menschen finden angesichts von immer mehr Verlagerung von Kompetenzen auf die europäische Ebene ihre Identität in den europäischen Regionen.

Europa und unser Land gewinnen ihre Kraft aus der Vielfalt. Dem entspricht unser föderalistisches System, um das uns viele Völker beneiden.

Unser Votum für eine Aufgabenteilung entspringt dem Bekenntnis zu dem bewährten föderalistischen Prinzip in der Bundesrepublik Deutschland, unserem vereinten Lande.

Bonn ist daher von der heutigen Entscheidung keineswegs allein betroffen, sondern es steht stellvertretend für die anderen deutschen Regionen.

Die Forderung des Tages heißt Dezentralisierung, nicht Konzentration. In diese neue Situation in Europa paßt nur ein Konzept der Vielfalt, des Föderalismus, der Aufgabenteilung. Der Satz, daß die Teilung nur durch Teilen zu überwinden ist, gilt für Bonn und Berlin, aber auch für alle anderen deutschen Regionen.

Wolfgang Schäuble, Sie haben recht: Berlin ist – ich sagte es schon – in besonderer Weise ein Symbol für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu. Aber ist nicht auch Bonn ein Symbol für 40 Jahre erfolgreiche Demokratie, die das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt begründet hat, ihre europäische Integration vollzogen und schließlich auch die Chance der deutschen Einheit offengehalten hat? Geht es nicht auch um dieses Symbol Bonn, um das wir heute ringen?

Bonn war doch nicht die Idylle, in die sich die Politiker vor der weltpolitischen Verantwortung geflüchtet hätten. Hier wurde keine enge Politik gemacht, die man im schlechten Sinne als provinziell bezeichnen müsste. Alle Parteien haben von Bonn aus dazu beigetragen, daß sich die Deutschen zu einer beispielhaften Demokratie entwickelt und eine neue Verantwortung in Europa übernommen haben.

Die Aufgabenteilung bedeutet, daß Berlin Deutschland als Ganzes repräsentiert: mit dem Bundespräsidenten, dem Bundesrat, zusätzlichem Dienstsitz des Bundeskanzlers und auch Sitzungen des Deutschen Bundestags. Aber es geht heute – da stimme ich allen Vorrednern zu – im Kern um die Entscheidung: Wo bleibt der Deutsche Bundestag? Ich spreche mich nachdrücklich für das politische Bonn aus, für das Verbleiben des Bundestags in Bonn.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Ich stimme dem zu, was gesagt wurde: Es ist nicht möglich, Bundestag und Bundesregierung zu trennen. Es ist auch nicht möglich – wie es die Berliner in ihrem Antrag schreiben –, die Ministerien horizontal zu trennen und irgend etwas in Bonn als Regierungsstadt zu belassen. Das ist nicht möglich. Wir befürchten, daß eines Tages, wenn wir nicht diese Grundentscheidung für den Bundestag in Bonn, für das politische Bonn treffen, alles nach Berlin geht und die Wirkungen eintreten, die geschildert worden sind. Das wollen wir nicht.

Wir wehren uns gegen den Vorwurf, daß unser Vorschlag den tatsächlichen Vollzug der deutschen Einheit, die wichtigste Aufgabe aller Deutschen in den nächsten Jahren, behindert. Wir wollen die Veränderungen tragen, Wolfgang Schäuble. Es ist wirklich die wichtigste, die schwierigste Bewährungsprobe unserer Demokratie.

Wir bedauern, daß die Entscheidung für oder gegen Berlin unrichtigerweise als eine Symbolentscheidung für den Vollzug der Einheit aufgebaut worden ist. Wir sind ganz im Gegenteil der Meinung, daß wir für die Einheit sehr viel mehr tun können, wenn wir uns auf die vorgegebene Aufgabenteilung beschränken und uns nicht neue Probleme aufladen, die ganz und gar unnötig und überflüssig sind.

(Beifall der Abg. Anke Fuchs [Köln] [SPD] und der Abg. Ingrid Matthäus-Maier [SPD])

Wir brauchen gerade jetzt eine funktionierende, eine funktionsfähige Regierung mit ihrem ganzen Apparat. Wir müssen die großen, die die Menschen belastenden Strukturprobleme in den neuen Bundesländern lösen. Das können wir doch nur tun, wenn wir uns ihnen direkt widmen und nicht auf dem Umweg über Berlin. Die neuen Länder brauchen sofort wirksame Hilfe und nicht eine symbolische Ersatzmaßnahme.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Im Gegensatz zu Bonn kann man sich von Berlin als Stadt eine Vorstellung machen, die nicht mit dem Regierungs- und Parlamentssitz verbunden ist. Nirgendwo wie in Berlin treten die Vereinigungsprobleme so realistisch und mit solch explosiver Sprengkraft auf. Wir möchten an dieser Herausforderung mitwirken, aber dazu brauchen wir doch nicht in Berlin zu tagen. Dazu müssen wir uns so oft wie möglich nach Berlin und in die neuen Bundesländer bewegen. Es wird unbequem, Abgeordneter zu sein, und es muß unbequem sein. Wir müssen die Probleme in allen neuen Bundesländern studieren und nicht nur in Berlin.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben Gutachten auf dem Tisch, die die Befürchtungen bestätigen, daß Berlin schon heute ein große Sogwirkung zuungunsten der anderen Regionen ausübt. Die notwendigen Finanzressourcen

für die Modernisierung Berlins und die Umwandlung der Stadt in eine Weltmetropole werden – so heißt es – die anderen Städte, vor allen Dingen in den neuen Bundesländern, in ihrer Entwicklung behindern. Es wird befürchtet, daß Berlin zu viele Kräfte bindet und die Entwicklung in den anderen Zentren, insbesondere in den neuen Bundesländern, behindert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und der SPD – Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Zwölf Länder sind dafür!)

Als Abgeordneter, der aus Köln kommt, habe ich auch die Pflicht, mich mit den Folgen auseinanderzusetzen, die eine Annahme des Antrags für die Region hätte. Die Menschen hier möchten alles tun, um die Einheit tatsächlich zu verwirklichen. Aber sie haben kein Verständnis für Probleme, die man ihnen zusätzlich und überflüssigerweise aufbürdet. Mindestens 100.000 Menschen sind unmittelbar, viele mittelbar betroffen.

(Zuruf von der CDU/CSU: 80 Millionen sind betroffen!)

Es geht nicht um Geld, sagen viele. Ich möchte das jetzt auch gar nicht zum Hauptthema machen. Es geht auch um Geld. Jede Mark, die für diesen Umzug ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle.

Meine Damen und Herren, es geht um die Menschen, es geht um die Akzeptanz unserer Entscheidung in Bonn und Umgebung. Für diese Akzeptanz ist bis zum heutigen Tage nichts getan.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Möller [CDU/CSU])

Wir entscheiden über eine Aufgabenteilung. Unser Konzept steht, wie Robert Leicht es vor einiger Zeit ausgedrückt hat, für den Geist der Mäßigung.

Wir sind vor einigen Monaten in einem Memorandum vom Bundespräsidenten ermahnt worden, eine Entscheidung zu treffen, mit der wir vor dem Urteil unserer Nachkommen in 20 Jahren bestehen können. Nach vielen Gesprächen mit Vertretern der jungen Generation meine ich, daß wir der Zustimmung der jungen Generation – insbesondere der jungen Generation – sicher sein können, weil wir mit unserem Konzept den Zukunftsvorstellungen entsprechen, die die jungen Menschen aus vier Jahrzehnten guter deutscher Politik in Bonn ableiten.

(Konrad Weiß [Berlin] [Bündnis 90/GRÜNE]: Haben Sie auch einmal mit der jungen Generation in Chemnitz oder in Rostock gesprochen?)

– Ich war sehr oft in Dresden. Ich bin Dresdner und habe in meinem Elternhaus in Dresden als erste Lebenserfahrung politischer Art eine gewisse Distanz zu Berlin mitbekommen, Herr Kollege.

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Aha, daher kommt das! – Zuruf von der CDU/CSU: Frühkindliche Schäden! – Heiterkeit)

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren: Stimmen Sie für ein Konzept, das unser Volk am wenigsten zerreißt und unserem Bundesstaat in einem vereinten Europa am ehesten entspricht. Stimmen Sie für den Vorschlag der Bonn-Befürworter.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Dr. Klaus-Dieter Feige [Bündnis 90/GRÜNE])

Ergebnis der Abstimmung vom 20. Juni 1991

26.5.2011

Nach einer langen Debatte verkündete Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth das Ergebnis der Abstimmung zu den Anträgen.



Die Spannung ist riesengroß. Ich gebe das Ergebnis jetzt bekannt: Abgegebene Stimmen 660, davon gültige Stimmen 659. Für den Antrag Bundesstaatslösung – Drucksache 12/814 –, Bonn-Antrag, 320 Stimmen, für den Antrag Vollendung der Einheit Deutschlands – Drucksache 12/815 –, Berlin-Antrag, 337 Stimmen, 2 Enthaltungen.

[Endgültiges Ergebnis
Abgegebene Stimmen: 660
davon für den Antrag – Bundesstaatslösung, Bonn-Antrag – auf Drucksache 12/814: 320
davon für den Antrag – Vollendung der Einheit Deutschlands, Berlin-Antrag – auf Drucksache 12/815;
338]

(Lebhafter Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen und Gruppen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf von hier oben aus der Stadt Berlin ganz herzlich gratulieren. Das ist ein großer Tag für uns gewesen, aber auch für das Parlament. Es ist allen zu danken, die an dieser Debatte mitgewirkt haben. Das Ergebnis ist zu respektieren und bindet uns. Ich sage auch allen Dank, die tagelang und wochenlang im Hintergrund für diesen Entscheidungstag gearbeitet haben. Ich schließe damit unsere Sitzung und berufe den Deutschen Bundestag wieder für Freitag, den 21. Juni 1991, 9 Uhr ein.

Und jetzt wird gefeiert!

Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands

30.5.2011

Das Berlin/Bonn-Gesetz im Volltext.

Präambel

Ausgehend davon,

- daß Berlin auf Grund des Einigungsvertrages Hauptstadt des vereinigten Deutschlands ist,
- daß der Deutsche Bundestag seinen politischen Willen vielfach bekundet hat, daß nach der Herstellung der deutschen Einheit Parlament und Regierung wieder in der deutschen Hauptstadt Berlin, die in über 40 Jahren deutscher Teilung ein Symbol des Willens zur deutschen Einheit war, ihren Sitz haben sollen,
- daß Bonn in Wahrnehmung der Aufgaben als provisorische Bundeshauptstadt Wesentliches zum Aufbau und zur Identifikation des demokratischen, an bundesstaatlichen Prinzipien orientierten Deutschlands geleistet hat,

hat der Deutsche Bundestag

- auf der Grundlage seines Beschlusses vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands sowie seines Beschlusses zum dritten Zwischenbericht der Konzeptkommission des Ältestenrates vom 10. März 1994 und
- in Kenntnis der Entscheidungen der Bundesregierung vom 3. Juni 1992 sowie vom 12. Oktober 1993

das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1 Zweck des Gesetzes

(1) Zweck des Gesetzes ist es, zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages zur Vollendung der Einheit Deutschlands vom 20. Juni 1991 Grundsätze für die Verlagerung der Verfassungsorgane Bundestag und Bundesregierung in die Bundeshauptstadt Berlin zu bestimmen sowie die Wahrnehmung von Regierungstätigkeiten in der Bundeshauptstadt Berlin und in der Bundesstadt Bonn zu sichern und einen Ausgleich für die Region Bonn zu gewährleisten.

(2) Hierbei hat die Umsetzung nach folgenden Maßgaben zu erfolgen:

1. Sicherstellung einer dauerhaften und fairen Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn.
2. Ansiedlung des Kernbereichs der Regierungsfunktionen in der Bundeshauptstadt Berlin.
3. Erhalt und Förderung politischer Funktionen in der Bundesstadt Bonn in folgenden Politikbereichen:
 - a) Bildung und Wissenschaft, Kultur, Forschung und Technologie, Telekommunikation,
 - b) Umwelt und Gesundheit,
 - c) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
 - d) Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen,
 - e) Verteidigung.
4. Gewährleistung der politischen Verantwortung der Bundesregierung gegenüber dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat sowie der Funktionsfähigkeit der Bundesregierung und ihrer Behörden.
5. Unterstützung der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn bei den ihnen vom Bund zur Wahrnehmung der gesamtstaatlichen Repräsentation vereinbarungsgemäß übertragenen besonderen Aufgaben.
6. Angemessener Ausgleich für die Region Bonn für die Verlagerung der Verfassungsorgane Deutscher Bundestag und Bundesregierung nach Berlin.
7. Ausgleich entstehender Nachteile für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, soweit dies erforderlich und angemessen ist.

§ 2 Sitz des Deutschen Bundestages

(1) Sitz des Deutschen Bundestages ist die Bundeshauptstadt Berlin.

(2) Diese Sitzentscheidung wird vollzogen, sobald der Deutsche Bundestag festgestellt hat, daß die erforderlichen Voraussetzungen für seine Arbeitsfähigkeit in der Bundeshauptstadt Berlin hergestellt sind.

§ 3 Sitz der Bundesregierung

- (1) Sitz des Verfassungsorgans Bundesregierung ist die Bundeshauptstadt Berlin.
- (2) Die Bundesregierung wird den Vollzug der Sitzentscheidung in zeitlicher Abstimmung mit dem Vollzug der Sitzentscheidung des Deutschen Bundestages vornehmen.

§ 4 Organisation der Bundesregierung

- (1) Bundesministerien befinden sich in der Bundeshauptstadt Berlin und in der Bundesstadt Bonn. Der Bundeskanzler bestimmt die Geschäftsbereiche der Bundesminister und im Zusammenhang damit die Bundesministerien, die nach dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin ihren Sitz in der Bundesstadt Bonn behalten.
- (2) Die in der Bundesstadt Bonn verbleibenden Bundesministerien sollen auch einen Dienstsitz in der Bundeshauptstadt Berlin erhalten.
- (3) Die ihren Sitz in der Bundeshauptstadt Berlin nehmenden Bundesministerien sollen auch einen Dienstsitz in der Bundesstadt Bonn behalten. Die zuständigen Bundesminister bestimmen die Teile ihres Bundesministeriums, die in der Bundesstadt Bonn verbleiben.
- (4) Die Entscheidungen nach den Absätzen 1 bis 3 sollen so gestaltet werden, daß insgesamt der größte Teil der Arbeitsplätze der Bundesministerien in der Bundesstadt Bonn erhalten bleibt.
- (5) Die Bundesregierung hat sicherzustellen, daß die politische und fachliche Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gewährleistet ist.

§ 5 Maßnahmen des Bundes für die Bundeshauptstadt Berlin

- (1) Der Bund und das Land Berlin arbeiten zusammen, um die Funktionsfähigkeit der Bundeshauptstadt Berlin als Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung sicherzustellen. In diese Zusammenarbeit ist das Land Brandenburg einzubeziehen, soweit dies erforderlich ist, um zur Funktionsfähigkeit der Bundeshauptstadt Berlin beizutragen.
- (2) Der Bund unterstützt das Land Berlin bei den ihm vom Bund zur Wahrnehmung der gesamtstaatlichen Repräsentation vereinbarungsgemäß übertragenen besonderen Aufgaben.
- (3) Die nähere Ausgestaltung bleibt vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Bund einerseits und den Ländern Berlin und Brandenburg andererseits vorbehalten.

§ 6 Maßnahmen des Bundes für die Region Bonn

- (1) Die Folgen des Verlustes des Parlamentssitzes und des Regierungssitzes für die Region Bonn werden durch die Übernahme und Ansiedlung neuer Funktionen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung im politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich sowie durch Unterstützung bei notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen angemessen ausgeglichen.
- (2) Insbesondere soll der Ausgleich realisiert werden in den Bereichen:
 1. Bonn als Wissenschaftsstandort,
 2. Bonn als Kulturstandort,
 3. Bonn als Standort für Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen,
 4. Entwicklung Bonns zu einer Region mit zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur.
- (3) Der Bund soll darum bemüht sein, zusammen mit den betroffenen Ländern darauf hinzuwirken, daß in der Region Bonn durch die Ansiedlung ergänzender Einrichtungen Politikbereiche gebildet werden.
- (4) Außerdem unterstützt der Bund die Bundesstadt Bonn bei den ihr vom Bund zur Wahrnehmung

der gesamtstaatlichen Repräsentation vereinbarungsgemäß übertragenen besonderen Aufgaben.
(5) Die nähere Ausgestaltung bleibt vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Bund einerseits und den betroffenen Ländern sowie den Gebietskörperschaften der Region Bonn andererseits vorbehalten.

§ 7 Verlagerung von Einrichtungen des Bundes und Sitzfestlegungen

(1) Die Gesetze, die die nachstehenden Bundesbehörden

1. Bundeskartellamt,
2. Bundesversicherungsamt,
3. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen,
4. Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen,
5. Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft,
6. Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung,
7. Bundesrechnungshof,
8. Bundesinstitut für Berufsbildung,
9. Bundesgesundheitsamt,
10. Zentralstelle Postbank,
11. Zentralstelle für Arbeitsvermittlung

betreffen, werden wie folgt geändert:

a) - k) ...

(2) Der Bund wird die Zentrale des Eisenbahn-Bundesamtes und die Hauptverwaltung des Bundeseisenbahnvermögens in der Bundesstadt Bonn ansiedeln sowie Teile folgender Bundeseinrichtungen nach Bonn verlagern:

1. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Außenstelle Berlin),
2. Bundesbaudirektion,
3. Statistisches Bundesamt (Außenstelle Berlin),
4. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Außenstelle Berlin),
5. Bundesamt für Strahlenschutz (Außenstelle Berlin).

(3) Der Bund soll darum bemüht sein, daß folgende Einrichtungen ihren Sitz in der Bundesstadt Bonn nehmen:

1. Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung,
2. Deutscher Entwicklungsdienst,
3. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik,
4. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung,
5. Deutsche Gesellschaft für Ernährung,
6. Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes.

(4) Die Sitzentscheidungen durch die durch Absatz 1 geänderten Gesetze sowie die Sitzfestlegungen und die Verlagerungen gemäß Absatz 2 werden mit dem Vollzug der Entscheidung über den Sitz der Bundesregierung gemäß § 3 Abs. 2 vollzogen.

(5) Der Bund soll darum bemüht sein, daß auch die anzustrebenden Sitzfestlegungen gemäß Absatz 3 in zeitlicher Abstimmung mit der Verlagerung von Regierungsfunktionen nach Berlin vollzogen werden.

§ 8 Dienstrechtliche Maßnahmen

(1) Für die von diesem Gesetz betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesverwaltung werden dienstrechtliche oder sonstige Regelungen getroffen, die sowohl der Funktionsfähigkeit der Verfassungsorgane und der sonstigen betroffenen Bundeseinrichtungen Rechnung tragen als auch einen Ausgleich von verlagerungsbedingten Belastungen, soweit dies erforderlich und angemessen ist, schaffen sollen.

(2) Soweit hierzu gesetzliche Regelungen erforderlich sind, erfolgen diese außerhalb dieses Gesetzes.

§ 9 Bekanntmachungen im Bundesgesetzblatt

Im Bundesgesetzblatt werden bekanntgegeben:

1. die Feststellung nach § 2 Abs. 2 durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages,
2. der Zeitpunkt nach § 3 Abs. 2 durch den Bundeskanzler,
3. der Zeitpunkt nach § 7 Abs. 4 durch das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

§ 10 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Redaktion

18.5.2010

Herausgeber

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn © 2011
Verantwortlich gemäß § 55 RStV: Thorsten Schilling

Redaktion bpb

Matthias Jung
Hendrik Hoffmann

Infografik

Daniel Bergs

Wir danken Phoenix für die freundliche Unterstützung bei der Akquise der Videobeiträge.

Online-Dossier

<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/20-jahre-hauptstadtbeschluss/>

Impressum

Diensteanbieter
gemäß § 5 Telemediengesetz (TMG)
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn
redaktion@bpb.de